

# Die Engelberger Grundherrschaft und ihre Rechtsverhältnisse

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Der Geschichtsfreund : Mitteilungen des Historischen Vereins Zentralschweiz**

Band (Jahr): **99 (1946)**

PDF erstellt am: **24.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gander und Grundbuchverwalter E. Infanger herzlich gedankt. Gerne erinnern wir uns auch der Unermüdlichkeit des seither verstorbenen Herrn Eduard Heß. Herr Dr. Sarasin stellte entgegenkommenderweise Bilder und Stammtafeln für den vorliegenden Druck zur Verfügung. Für mannigfache Bemühung sei auch Herrn Dr. G. Boesch, Redaktor dieser Zeitschrift, bestens gedankt.

## I.

### **Die Engelberger Grundherrschaft und ihre Rechtsverhältnisse**

Lange bevor die Engelberger Gegend erstmals in Annalen und Urkunden aus der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts Erwähnung findet, waren einzelne Teile der menschlichen Bewirtschaftung erschlossen. Als wichtigste Quellen in diesem Zusammenhang gestatten uns die Orts- und Flurnamen, den Blick weit in die vorgeschichtliche Vergangenheit zu werfen und die frühest nachweisbaren Spuren menschlicher Besiedelung des Hochtales und seiner Alpen zu erkennen.<sup>1</sup>

Nach dem ältesten, noch vorhandenen Sprachgut kannten bereits die vorrömischen Kelten das Tal. Deutlich erhellt dies aus einigen wenigen, sprachlich wichtigen Namen, wie Alpelen, Balm, Gand. Vor allem ist es bezeichnend, daß die seit uralter Zeit so wichtige große Alp

---

<sup>1</sup> Für die nächst folgenden Darlegungen und das erwähnte Sprachgut verweise ich auf die Zusammenstellungen bei P. Hugo MÜLLER, Obwaldner Flurnamen, I, Sarnen 1939, 1 ff. (Beilage zum Jahresbericht der kantonalen Lehranstalt Sarnen 1938/39). — Man ziehe jedoch auch die einschlägigen Abschnitte im Schweizerischen Idiotikon heran. Allgemein jetzt Wilhelm BRUCKNER, Schweizerische Ortsnamenkunde, Basel 1945. — Die für andere alpinen Gegenden so wichtigen vorgeschichtlichen, römischen, alamannisch-fränkischen Funde sind bis jetzt für das Engelberger Gebiet unbedeutend.

Gerschni ebenfalls einen keltischen Namen trägt. Freilich ist das erhaltene keltische Sprachgut sehr dünn gesät. Auffallenderweise findet es sich durchaus nur im eigentlichen alpinen Weideland. Der ursprünglich dicht bewaldete Talgrund war höchstens stellenweise gerodet. Das entspricht übrigens der alten extensiven Alp- und Weidewirtschaft, wo in der Hauptsache bis zur Gründung des Benediktinerklosters Engelberg nur die gut zugänglichen grasreichen Alpen, wie die Gerschni, von den weiter unten in Nidwalden oder im Luzernbiet sesshaften Bewohnern im Sommer bestoßen wurden.

Die Durchdringung der Alpenbevölkerung mit der römischen Zivilisation machte nach der Eingliederung unseres Landes in das Imperium Romanum verhältnismäßig rasche Fortschritte. Wie tiefgehend und allgemein die Romanisierung war und wie sie sich selbst in entlegene Alpentäler erstreckte, zeigt etwa Graubünden. Auch für die Innerschweiz, besonders Unterwalden, gilt diese intensive Assimilierung der ältern unterworfenen Bevölkerung und wird durch eine größere Anzahl romanischer Orts- und Flurnamen erwiesen. Für Engelberg seien die Namen Bütschlen, Zingel, Furggi, Laui, Planggen, Walen erwähnt, die wir wiederum nur im eigentlichen Alpgebiet antreffen. Die gallorömische Bevölkerung machte somit vor dem undurchdringlichen waldigen Talgrund Halt und benützte einzig die seit langem gekannten Weiden und Alpen. Diese waren für die in den mildereren Strichen wohnenden romanischen Bauern ebenso wichtig wie einst für die vorrömischen Kelten. Wie wir uns überhaupt vorstellen müssen, werden die gleichen Geschlechter — nunmehr romanisiert — die Alpgerechtigkeiten genutzt und besessen haben. Man darf sich auch vorstellen, daß ein römischer Großgrundbesitzer wie Alpiniacus, nach dem Alpnach genannt ist, genau so seine korporativen Anteile an Engelberger Alpen hatte, wie später die reichen Landleute aus Nidwalden.

Die Uebernahme dieser Alpen durch die Alamannen, genauer gesagt zunächst die Aufnahme von Alamannen in die uralten Alpkorporationen und anschließend der allmähliche, vielfach erbweise Uebergang der Alpen an die Alamannen, kann nur spät und sukzessive erfolgt sein, in einer Zeit, wo der Eroberungs- und Besitzerdrang der germanischen Barbaren durch die Inbesitznahme der fetten Gegenden im schweizerischen Mittelland schon gesättigt war, geordnete Rechtsverhältnisse eingetreten und daher die althergebrachten Besitzverhältnisse in den Alpen geschützt waren. Die romanische Bevölkerung, die nicht unterjocht und versklavt wurde, assimilierte sich schrittweise, wenn sie nicht vorzog, in höhere Täler hinaufzuwandern. Viele romanische Bevölkerungsteile zogen sich wahrscheinlich überhaupt vor den alamannischen Siedlern in die Alpentäler zurück und trugen damit zu einer starken Festigung des dortigen romanischen Volksteils bei. Das bewirkte, daß gerade in den alpinen Gegenden ähnlich wie im Jura für junge alamannische Siedler vorerst kaum Platz war. Nur an eine langsame Assimilierung von romanischen und germanischen Volksteilen dürfen wir daher denken. Sie führt dazu, daß in der Hauptsache schließlich nur der germanische Dialekt vom Neuankömmling übrigblieb, während er somatisch und kulturell im Romanen aufging und auch folkloristisch sich an ihn anlehnte. Daher finden wir denn in den Voralpen und eigentlichen Alpentälern eine wohl deutsch sprechende Bevölkerung, die sich aber deutlich als auf romanischer Grundlage aufgebaut erweist, nicht zuletzt in den Dialekten selbst.

Jahrhundertlang nach der alamannischen Landnahme im 4. und 5. Jahrhundert waren die Engelberger Alpen noch im Besitz der uralt eingesessenen romanischen Landleute, die in klimatisch günstigeren Strichen weiter abwärts wohnten. Nur ganz vereinzelt drang der alamannische Einfluß schon im Verlaufe der späten Merowinger-

zeit auch in die innerschweizerischen Alpen vor. Im Engelberger Gebiet kann er nicht nennenswert gewesen sein, da wir sonst sprachliche Spuren aus dieser Zeit mit Sicherheit erschließen könnten, was nicht der Fall ist. Das hängt damit zusammen, daß in den wieder normalen Besitz- und Rechtsverhältnissen der fränkischen Zeit von einem bemerkenswerten Vordringen in die stärker besiedelten romanischen Alpentäler gar nicht die Rede sein kann. Korporativ noch sehr lange werden die Romanen wie seit alters für sich oder dann für alamannische Großgrundbesitzer, die etwa an die Stelle gallorömischer getreten und gleichfalls im Besitze von Anteilen an den korporativen Alpen gewesen sind, die Alpwirtschaft betrieben und dieses Gewerbe allmählich den einwandernden Alamannen vermittelt haben. Dafür sprechen zahlreiche alpwirtschaftliche Ausdrücke, die romanisch, keltisch oder noch viel älter sind und mit Kenntnis und Gebrauch der Gegenstände, die sie bezeichnen, einfach übernommen worden sind.

Noch war auch jetzt der Talgrund nicht besiedelt. Schüchterne frühe Ansätze könnte man vielleicht in der uralten Siedlung Oertigen und Hedigen erblicken, vielleicht alamannischen Sippensiedlungen. Der ungeheure undurchdringliche Wald, der die schmale, lang gestreckte Ebene bedeckte, muß lange einzelnen größeren Siedlungsversuchen getrotzt haben. Mit der besseren Administration des weiten fränkischen Reiches unter den Karolingern wurden solche, für die menschliche Wirtschaft bisher brachliegende wertvolle Komplexe, die als Forste zum Krongut gehörten, schrittweise der menschlichen Kultur erobert. Der Herrscher bediente sich dabei des einfachen und praktischen Mittels, den Gaugrafen, die seine Beamten waren, derartige Güter als Amtsausstattung zu verleihen. Da nun aber das Grafenamt bereits im Verlauf des 9. und 10. Jahrhunderts erblich wurde, ging auch das Amtsgut in den erblichen Besitz der gräflichen

Familien über. Große Teile des Engelberger Forstes oder Tales gelangten auf diese Weise an die Grafen von Lenzburg und Froburg und die Freiherren von Regensberg, von denen einzelne Vertreter im 9. Jahrhundert als Zürichgaugrafen geamtet haben.<sup>2</sup> Als mächtige Großgrundbesitzer waren sie an der systematischen Urbarmachung des Talgrundes interessiert und zogen außer einheimischer Bevölkerung, die wohl sehr spärlich war, vor allem ihnen untergebene alamannische Roder aus ihren Allodialgütern dazu heran. Die alten überlieferten Flur- und Ortsnamen im Engelberger Tal stützen diese Auffassung weitgehend, indem sie deutsch sind und aus der Zeit nach der Lautverschiebung stammen, wobei sie zeitlich verschiedene Stufen der Rodung und Bewirtschaftung erkennen lassen. Der Beginn der Urbarisierung des Tales ist ohne Zweifel auf die Arbeit der Zürichgaugrafen zurückzuführen, die noch im 12. Jahrhundert Besitzungen in der Gegend haben.

Nur sehr langsam wurde freilich die einsame, unwirtliche Landschaft durch die menschliche Arbeit fruchtbar gemacht.<sup>2a</sup> Noch 1213 bezeichnet das Diplom Friedrich II. für das Kloster Engelberg den Ort „in angusto et aspero nimis alpium loco horridam et duram monachis prestans habitationem“ und um die gleiche Zeit sagt die Urkunde des päpstlichen Nuntius „predictum quippe

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu DURRER, Die Einheit Unterwaldens, in Jahrbuch für Schweizerische Geschichte, 35, 1910, 59 ff., bes. 62 ff., 81 ff.

<sup>2a</sup> Die gegenteilige Ansicht von Hermann LIEBENAU, Versuch einer urkundlichen Darstellung des reichsfreien Stiftes Engelberg . . ., Luzern 1846, 21 f., sowie GÜTERBOCK (vgl. unten Anm. 4) halte ich nicht für zutreffend. Der wenn auch späte Annalist von 1484 (Geschichtsfreund 8, 108) schreibt durchaus richtig: „... Conradus . . . fundavit monasterium, . . . succidit silvam, destruxit lustra ferarum . . .“ da dies weitgehend mit dem Bild, das zeitgenössische Urkunden vom Engelberger Tal entwerfen, übereinstimmt. Die Ausführungen der Acta Murensia (Quellen zur Schweizergeschichte III, 3, 82 f.) betreffen ganz wesentlich Alpen, nicht aber — oder nur ganz ausnahmsweise — das Talgelände von Engelberg.



### **Blick auf den Niederberg in Engelberg**

Im Vordergrund rechts und links Hinter- und Vorderörtigen, etwas darüber Vorläubli. In der Mitte des Bildes die Hegmatt, rechts an den Graben stoßend, oben an Unter-Trübsee, links - hinter dem Wäldchen auf halber Höhe - an Stapfmattli. Außen links neben letzterem „im Sand“. Aufnahme von der gegenüberliegenden Talseite aus



cenobium inter alpium nivosa cacumina horridam monachis prestat habitationem, ubi terra non parit segetem nec vitibus fecundatur, ubi grando nix glacies continue dominantur“.<sup>2b</sup> Unwirtlich wird die Lage selbst 1229 genannt. Erst allmählich änderte sich das Wirtschafts- und Landschaftsbild. Der systematischen, zähen und intensiven Rodungsarbeit der Benediktiner verdankt das Tal seinen Charakter einer landwirtschaftlich blühenden Gegend, so daß Johannes Stumpf in seiner Schweizer Chronik 1544 schreiben konnte: „Engelberg ligt weyt im Tal und gar hoch im Gebirg, in einer schönen ebenen Wilde, zwüschen hohen graßreychen Bergen, hat auch umb sich im selbigen Tal und Wilde gar vil Heuser und deßhalb ein besonder Landvölckle, darüber der Abt herrschet und hat da alle Herrligkeit“.

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Hochtales wurde die Stiftung des Benediktinerklosters Engelberg, die, nach den etwas jüngeren kleineren und größeren Annalen im Jahre 1120 erfolgt ist.<sup>3</sup> Erst von da ab läßt sich überhaupt von der Geschichte jenes Gebietes sprechen. Dieses Ereignis hat so weitreichende Folgen gehabt, daß sich noch heute, nach mehr als achthundert Jahren, die althergebrachte Herrschaft des Abtes und seiner Mönche in zahlreichen Einrichtungen und Bräuchen widerspiegelt.

Die Stiftung des Klosters schreiben die zeitgenössischen Quellen einem Rechtsakt des zürcherischen Freiherrn Konrad von Sellenbüren zu. Vergeblich auf der Suche nach einem passenden Orte für einen von ihm geplanten Klosterbau, soll er in der Weltabgeschiedenheit

<sup>2b</sup> Geschichtsfreund 51, 10 No. 35, 18 No. 38.

<sup>3</sup> Die älteren Engelberger Urkunden, bis 1428, hat P. A. VOGEL im Geschichtsfreund der V Orte, Bd. 49, 51—53, 55, 57 veröffentlicht, für die Urkunden bis 1315 beachte man die Bearbeitung im Quellenwerk zur Entstehung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, I, Urkunden Bd. 1/2, Aarau 1933—1937. Die Annalen finden sich veröffentlicht im Geschichtsfreund 8, 102 ff.; MGh. SS. XVII, 278.

des noch größtenteils unwirtlichen Engelberger Tales, im Herzen der Schneeberge, den idealen Platz für seine geistliche Gründung entdeckt haben. Wie in so vielen andern, gut belegten Fällen seit dem frühen Mittelalter dankt Engelberg seine Entstehung einem Manne vornehmer Abkunft, der aus Hang zur Gottbeschaulichkeit und aus Sehnsucht nach Einsamkeit sich mönchischer Lebensweise zuwenden wollte. Statt sich als weltflüchtiger Anachoret der strengsten Askese zu weihen, entschloß er sich zum cönobitischen Leben. Gerade im 11. und 12. Jahrhundert ergriff die wieder erwachte Askese Zehntausende und führte sie scharenweise in die alten und neuen Klöster. Vorallem bevölkerte der Adel die reformierten Gotteshäuser, die Zentren der neuen geistigen und religiösen Weltanschauung und Disziplin der Cluniazenser, Cisterzienser und Prämonstratenser, und befolgte die strengen Forderungen ihrer großen Ordensstifter mit ungeheurem Eifer und leidenschaftlicher Hingabe. Bezeichnend daher, wenn Konrad von Sellenbüren als der „factus omnium humillimus“, als ein „cuncta spernens terrena nudus Christum secutus“ genannt wird.<sup>3a</sup>

Gleich zahlreichen anderen Stiftungen der Reformbewegung ist die älteste schriftliche Ueberlieferung Engelbergs stark umstritten.<sup>4</sup> Bei vorsichtiger Untersuchung der einzelnen Urkunden und annalistischen Nachrichten ist es immerhin möglich, einen Kern inhaltlicher Echtheit herauszuschälen.

---

<sup>3a</sup> Geschichtsfreund 8, 108, 103.

<sup>4</sup> An einer abschließenden Arbeit über die viel umstrittene Frage nach der Echtheit der ältesten Engelberger Urkunden war zuletzt Prof. Ferdinand Güterbock tätig. Der Tod hat ihm nach deren Vollendung die Feder aus der Hand genommen. Seine grundlegende Untersuchung wird nun unter dem Titel „Engelbergs Gründung und erste Blüte (1120—1223)“ demnächst in Luzern erscheinen und stand mir nach Vollendung meiner Arbeit zur Einsicht zur Verfügung. Zur Geschichte Engelbergs vgl. auch Heinz CATTANI, Entwicklung des Talgerichts von Engelberg unter der Klosterherrschaft, in Geschichtsfreund 90, 1935, 1 ff. und die dort zitierte Literatur.

Unbezweifelt ist die Tatsache, daß Konrad von Sellenbüren das Kloster auf seinem eigenen Grund und Boden stiftete, den er hereditario iure besaß und ihm mit seinen dortigen Besitzungen und Gütern im Unterland vermachte. Den Rechtsvorgang ließ er beurkunden. Bei der Gründung handelte es sich mit größter Wahrscheinlichkeit um ein Eigenkloster auf sellenbürisch-regensbergischen Gütern. Dem entspricht es, daß der Stifter dem Kloster den Namen gab, die Ordensregel des hl. Benedikts vorschrieb und den Abt setzte. Auch die Weihe des Gotteshauses zu Ehren der heiligen Jungfrau Maria und weiterer Heiliger dürfte auf den Entschluß des Stifters zurückgehen. Zu einem wahrscheinlich späteren Zeitpunkt hat Konrad von Sellenbüren das Kloster Engelberg an den römischen Stuhl tradiert, einem im 12. Jahrhundert außerordentlich häufig und gern praktizierten Beispiel der Reformklöster folgend.<sup>4a</sup> Engelberg wurde dadurch ein päpstliches Eigenkloster und genoß den kurialen Schutz. Es erhielt die Besitzungen und Privilegien bestätigt und das Recht der freien Abtwahl verliehen. Als päpstliches Kloster war es keiner weltlichen Macht unterstellt, einzig der Abt übte die Herrschaft aus. Diese Sonderstellung so gut wie der Besitzstand und die Rechte wurden dem Kloster wiederholt von Königen und Päpsten bestätigt.

Auf Grund dieser wichtigen Rechtsstellung des Klosters entwickelte sich im Hochtal Engelberg, das zum allergrößten Teil in der Stiftung Konrads von Sellenbüren enthalten war, eine alpine Grundherrschaft von einer regionalen Geschlossenheit, wie sie bei uns für das späte Mittelalter sonst schwerlich anzutreffen ist.

Mindestens schon im 14. Jahrhundert, doch kaum von Anfang an, bestand die Bevölkerung des Tales aus Gotteshausleuten. Sehr wahrscheinlich setzten sich die Tal-

---

<sup>4a</sup> Beachte namentlich Georg SCHREIBER, Kurie und Kloster im 12. Jh., in Kirchenrechtliche Abhandlungen hg. von U. STUTZ, Heft 65—68, Stuttgart 1910.

leute, die zur Rodung des Waldgebietes bei der Klosterstiftung und seitdem herangezogen worden waren, aus Eigenleuten des Freiherrn und solchen des Klosters zusammen, nachweisbar aber auch aus Freien.

Wie auf dem platten Lande oder in den Städten erhielten diese Zuzüger gewisse Landlose in Pacht oder Erbleihe. Sie hatten dafür den darauf befindlichen Wald zu roden und das Land urbar zu machen und entrichteten dafür einen bestimmten, mäßigen Zins. Die Pacht erstreckte sich häufig auf fünf Jahre, ein sog. quinquennium, ebenso oft, später sogar häufiger, auf Lebenszeit oder auf mehrere Generationen. Diese Pachtverhältnisse waren indessen für den Pächter nachteilig, da ihm nach Ablauf der festgesetzten Frist das Gut gekündet und der Zins erhöht werden konnte. Darum entwickelte sich schon früh neben der Pacht — vielleicht daraus — vorzüglich die hofrechtliche Leihe und die freie bäuerliche Erbleihe. Wir haben jedenfalls verschiedene Arten der Erbleihe anzunehmen. Neben der sog. hofrechtlichen Leihe mit der dinglichen Abhängigkeit des Gutes und der persönlichen des damit beliehenen Hofmannes von der Grundherrschaft ist wohl auch die Form der älteren Prekarie und der jüngeren Erbleihe anzunehmen. Auf ein solches Nebeneinander darf aus gewissen rechtlichen Vorgängen geschlossen werden; sie entspricht der Mannigfaltigkeit des mittelalterlichen Rechtslebens weitgehend. Das Stück Land wurde so gegen einen festen, sich stets gleich bleibenden Zins ausgegeben, wobei das Leiheverhältnis erblich wurde. Der erhobene Grundzins wurde jährlich auf einen fixierten Termin entrichtet, in Naturalien und Geld. Mit der Zeit verblaßte das Besitzerrecht des Beleihenden, hier Engelbergs, der Beleihnte wurde tatsächlicher Besitzer des Grundstücks. Verhältnismäßig spät wurden die Grundzinse gelegentlich kapitalisiert und abgelöst. Doch noch heute, obschon — infolge der Französischen Revolution und der Erdauerung — am partikularen Eigentumsrecht nicht mehr gezweifelt

wird, zahlen die meisten Bauerngüter im Engelberger Tal dem Kloster den Grundzins, in Gestalt des heute nur mehr minimen Herrenzinses. Wenn auch wirtschaftlich längst bedeutungslos, dokumentiert diese Abgabe doch das ursprüngliche Verhältnis zwischen Grundherr und Lehmann.

Die freie bäuerliche Erbleihe gestaltete die persönlichen Verhältnisse des Pachtnehmers noch nicht zu solchen der Hörigkeit oder Leibeigenschaft. Es wäre ein grundlegender Irrtum, wollte man aus der Abgabeverpflichtung des Pächters eine Beschneidung seiner persönlichen Rechte, eine Herabminderung seines Standes usw. folgern. Denn diese Reallast haftete nicht an der Person des Besitzers, sondern an dem von ihm bewirtschafteten Gute. Ursprünglich konnte er dieses unbeanstandet verkaufen, veräußern, vertauschen, verschenken. Für den späteren Zins haftete nicht er, sondern der Rechtsnachfolger.

Ohne Zweifel haben aber die Bodenverhältnisse und die Abhängigkeit vom Abt bewirkt, daß sich mit der Zeit im Engelberger Tal die sozialen Verhältnisse bedeutsam verschoben. Bestimmend mitgewirkt hat dabei der Umstand, daß ein größerer Teil der Roder wahrscheinlich nicht freien Standes war, sondern Hörige oder Leibeigene, die das Kloster von Konrad von Sellenbüren empfangen oder die es von seinen auswärts gelegenen Besitzungen nach Engelberg umgesiedelt hatte. Sie waren durch die hofrechtliche Leihe aufs engste dinglich persönlich mit der Grundherrschaft und deren Gericht verknüpft und aus ihrem Abhängigkeitsverhältnis heraus zu bestimmten Leistungen verpflichtet. Dazu kam die weitgehende wirtschaftliche Abhängigkeit der Bauern vom Kloster als Grundherrn. Von größter Wichtigkeit war die Tatsache, daß das Tal einen geschlossenen, vom Abt abhängigen Herrschafts- und Gerichtsbezirk darstellte, in dem ausschließlich das Gotteshaus Recht und Gericht ausübte. In der Macht des Abtes lag es somit, die Ansiedler

zur Anerkennung des äbtischen Regiments zu zwingen. Darum ergab sich im Verlauf weniger Generationen ein Herabsinken der ursprünglich freien Bevölkerung in sozial niederere Schichten und eine Angleichung an solche bereits vorhandene. Die freie bäuerliche Erbleihe verschwand zu Gunsten der hofrechtlichen Leihe, obschon während des ganzen Mittelalters noch einzelne Hinweise auf die erstere zu finden sind. Immerhin war das Ergebnis die Entstehung eines recht einheitlichen sozialen Standes, der Gotteshausleute, deren grundherrschaftliche Abhängigkeit vom Abt in verschiedenen Abgaben zum Ausdruck kommt, dem kirchlichen Zehnten, dem Ehrschatz, dem Besthaupt, gewissen Frohnden und Dienstleistungen.

In dem um die Mitte des 14. Jahrhunderts in der sog. Bibly, dem stattlichen Bibelcodex No. 6 der Engelberger Stiftsbibliothek niedergeschriebenen Hofrodel finden die Machtstellung des Abtes und die grundherrschaftlichen Verhältnisse der Talleute ihren ersten, schriftlich fixierten Ausdruck. Der Hofrodel ist nichts anderes als das jeweils am Maiending mündlich geoffnete Weistum der Grundherrschaft, das in hohe Zeit zurückweist.<sup>5</sup> Der Wortlaut dieser für die Entwicklung des äbtischen Gerichts- und Hoheitswesens und der Privatrechts- und Wirtschaftsverhältnisse des Tales Engelberg gleich grundlegenden Aufzeichnung ist der folgende:

„Eines abtz und des gotzhus friger hof ze Engelberg sol gan von des kilchoves ort in der alten ochsentürli ob dem brüderhus und von dem ochsentürli an das ort der frowen chloster und von der frowen closter an den spital und von dem spital bi dem zun hin under den alten eschen, von den alten eschen den zun hin in den müli-brunnen an die brugga, von der brugga zu dem mülitürli

---

<sup>5</sup> P. Benedict GOTTWALD, *Catalogus codicum manu scriptorum*, 1891, 18 f. Vgl. Jacob GRIMM, *Weisthümer*, I, Göttingen 1840, 2 ff.; *Geschichtsfreund*, 7, 1851, 137 ff. no. 10. — Hier neu verglichen.

bi der rübi, die rübi uf in den wasserkenel, den wasserkenel hin an des kilchoff ort bi dem obren gasthus und was inrent dien muren und dien vorgenanten zilen lit, das ist ein friger hof des gotzhus ze Engelberg.

Dis sint och des gotzhus recht.

Wenne ein abt erwelt wirt und bestetget, so sollent im alle tallüte, die ob vierzehen iaren sint, swerren, sin nutz, sin ere ze furdrenne, sin laster, sin schaden zuwendenne, sin gericht ze schirmenne, sin recht ze sprechenne und ze behaltene, dem selben herren gehorsam ze sinne an alle geverde, as gotzhus lüte von recht tûn sollent unz an ir ende oder an das ende des herren herschaft.

Es ist ouch ze wissenne, wenne ein gotzhusman sinen herren verratet an lib oder an sinen eren oder sin ungenossen nimt oder ein gotzhusman ein gotzhuswib erschlecht ze tode, des lib und güt ist dem gotzhus vervallen und nit dem amman unz an eines abtz gnade. Es soll ouch enieklich man, der uf vierzehen iar komen ist, swerren trüwe und hulde einem abt tûn, wenne er es an in vordret, das selb sol ouch ein man tûn, der von andren landen harkunt und hie seshaft wil sin über iar.

Wenne ouch ein man stirbet, der nüt geteilt het von sinen kinden, und kint lat, dii elich sint, so sol das gotzhus ze valle nemen das best houbt, das er lat, und söllent sinii kint damit ir erb empfangen han. Wenne ouch me sünden eine bi enander sint, und da der eltest stirbet, so sol aber dem gotzhus das best houbt ze valle werden, sturbi aber der junger, so wirt dem gotzhus ein val, ist das si nüt von enander geteilt hant. Das gotzhus erbet ouch alle die an liberben sterbent, es sigen frowen oder man, und teilt der vatter von dem sun, und stirbt der vatter, so erbt in das gotzhus, stirbt ouch der sun, so erbt in ouch dz gotzhus. Wenne ouch ein man stirbt, der ein elich frowen lat und nit kinden, da erbt das gotzhus den halbteil alles des gütes, so si mit enander hatten unz an sinen tod, und sol ouch dü frowe den an-

dern halbteil erben, und sollent das gotzhus und die frow och gelten, was er gelten solt gelichlich des tags, do er erstarb. Dü frow sol ouch ir vorus behaben das best bette und alles versnitens gwand, das er lat. Stirbt och ein man an liberben und ein frowen lat und nüt enander gemachet hant nach des gotzhus recht, so erbt das gotzhus den man und dü frowe nüt, also erbt ouch das gotzhus die frowen, die ein man lat, und ouch enander nüt gemachet hatten, und der man nüt. Ouch stirbt ein man, und sin frow in zwivel ist, ob si trag, so sollent des Kindes fründe verträsten, das das güt bi enander belibe, und die frow ir notdurft bruche, unz uf die stunde, das man an zwivel muge sin.

Es sol och enhein usser unser gotzhus lüt in disem tal erben.

Des gotzhus zwing und ban vahet an Rotenhalten an und denne die roten Bachtalen uf unz uf den grat und den grât obnan hin ob Grûblen hin iemerme unz an Joch und ab Joch unz an Stöiben und ab Stöiben dur Ritun uf unz an den Elwenstein und ab dem Elwenstein hin unz in Sanden uf den grât, ab dem grat in Wallenegge, von Wallenegge unz in den Elsbuel, von Elsbuel wider in Rotenhalten. In disen ziln sint elli gericht des gotzhus uber des gotzhus lüt und güt, und sol nieman in disen ziln horn schellen noch gewilt vellen noch wighaftigen buw machen an des gotzhus willen noch ligendi gueter verkoufen noch hingeben ußren lüten, und sol ouch nieman güt haben in disen ziln, wan der es empfangen het von einem abt oder von dem der ze gericht sizzet an eis abtz stat, und wer güt het gekouft und es nüt in iares frist enphahet von einem abt oder von dem, der an siner stat ze gericht sizt, oder der gotzhus gueter het über iar ungezinset, die gueter sint dem gotzhus lidklich vervallen unz an des aptz gnade. E sol ouch enhein gotzhusman lib noch ligent güt hinan zihen ân eis abtz willen und gunst.

# N.zer Stapfen

Ruedi  
tot erw. 1491  
cop. N.

Heini  
tot erw. 1491

Wetti  
tot erw. 1491

Heini  
tot erw. 1491  
cop. Margreth Mag  
To. v. Aerni Mag und  
Jea Wisenbergen

Elsy

Jti

Elsy

Grety  
tum 1500  
cop. Jenny Tongi  
+ 1530  
Sohn des Ruedi Tongi und  
Margr. v. Muttlingen

Hensli  
erw. 1491  
cop. Greti Hurschler  
vid. b. Conrad Matter.  
To. den Jost Hurschler  
und Margreth Kuster

Heini und 8 ungenante  
Geschwister

Greti  
cop. Marx Stultz

Triny  
+ vor 1530  
cop. Claus Tongi  
+ 1564  
recop. Anna v. Matt

Es sellent ouch des gotzhus lüte ir zins richten, ziger, kes, zinspfenning ze sant Galluntag, die eiger ze Ostran, die milcheimer ze Pfinden, die meienstür uf sant Johantag. Es ist ouch gewonlich, so man die ziger und kes zinsset, das ein abt fünf erber man erwelt, die die ziger und kes schezent bi dem eide, den si dem gotzhus hent getan, und so die sprechent bi dem eid, das man die ziger nemen solle, so sol man si nemen, wölti aber ein abt si nüt nemen, so sol der, des der ziger ist, VII sch. III d. für ieklichen ziger geben, und ze den heiligen swerren, das er damit verzinset habe. Die ziger söllent gemachet sin mit dem mulchen, das des iares von mitten meien unz an sant Gallentag gemulchen ist, ân alle geverde, und in ieklichen ziger legen XVI fund und zwen altbecher saltzes. So ouch die schezer sprechent, das die kes sigen ze nemmenne, die sol man nemen, ald aber der, der die keszinset, sol geben III sch. III d. und ze den heiligen swerren, das er gezinset habe damit an alle geverd. Und wer sin zins nüt richtet uf die vorgeschribnen tagen, der sol es beßren mit III sch. Ouch sol ein melcheimer gemachet sin mit der mulchen, as si von der kü gemulchen wirt, die sol man erwellen und dik machen und nüt keslupen und nüt nidlun, und sol ein VI altmessigen kübel füllen.

Es sol ouch enieklich hus, da iar und tag husröiki ist gesin, ein vasnachthün geben.

Wer ouch von dem gotzhus erblehen het, der sol ein tagwan tün, ein man megen, und ein frow schniden, der des nüt tüt, der sol es beßren mit III sch. und aber den tagwan tün.

Wer ouch ein kanschilling sol, der sol ein vart tün gen Kam, der VI kanpfenning sol, der sol ein halb kanvart tün, wele aber minr sol, da mag ein abt die pfenning lan stân, unz das er ein sch. schuldig wirt, und sol denn ein kanfart tün.

Des gotzhus lüt söllent ouch nüt ufsetzen noch ablassen an eis herren willen und wissend redlicher sachen.

Es sol ouch nieman vogt sin über unser lüte in dem tal, wan ein ingesessen talman. Weri aber, das ein kint ein erbornen vogt hetti, der in dem tal nit sessi, so be-vogtet es ein abt mit urteil des gerichtz mit einem ingesessen talman.

Wenn ouch einem abt von gerichtz wegen oder von andren redlichen sachen der tallüten bedarf, so sol er inen enbieten, und söllent ouch si zü im komen und mit güten trüwen beholfen sin zü dien sachen, as er ire denne not-durftig ist.

Des gotzhus güt sol nieman buwen noch haben, wan ein ingesessen gotzhusman.

Wenne ouch ein urteil stößig wirt vor unsrem gericht umb erb und lehen, die sol man zihen under die esche und dannan gen Buochs under dis gotzhus lüt in des gotzhus hof, und dannan gen Urdorf ouch under dis gotzhus lüt ouch in dis gotzhus hof, und dannan harwider uf die großen kemnaten, und sol da usgerichtz werden. Es sol ouch nieman erteillen uber der gotzhuslüten erb und des gotzhus eigen, wan die, die unsers gotzhus sint.

Die zehenden der schafen sol der, der zehen leMBER het, scherberi, das best, im selben haben und darnach das best zu zehendem geben. Der fünfi het, der sol ein halbs geben. Der aber under fünfen het, der git für ein scherbers II den. und für ein spetti I den."

Im Stil vieler älterer Weistümer und Offnungen, wahrscheinlich aus zeitlich verschiedenen, ursprünglich selbständigen Teilen zusammengesetzt und erst nachträglich zum vorliegenden Ganzen geworden, zählt der Hofrodel ohne große systematische Ordnung die einzelnen Rechte des Abtes auf. Jüngere Ueberlieferungen des Hofrechtes, insbesondere das im Schiedsspruch vom 27. Februar 1413 inserierte alte Talrecht Engelbergs, ergänzen den Rodel und tragen durch ihre teilweise erweiterten Fassungen sehr erheblich zur Interpretation bei.<sup>6</sup> So erhalten wir

<sup>6</sup> Vgl. Geschichtsfreund 11, 1855, 195 ff. Zur Urkunde von 1413 vgl. inbes. CATTANI, 30 ff.

aus den einzelnen Aufzeichnungen ein recht geschlossenes Bild von der Gerechtsame des Gotteshauses.

Das Herrschaftsgebiet des Klosters, in dem der Abt Zwing und Bann, d. h. das niedere oder kleine Gericht ausübte, verlief von Rothalden bei Grafenort in westlicher Richtung zum Schluchiberggrat, diesen entlang über Juchli- und Jochpaß, Reissend-Nollen, Titlis, Grassen, Spannörter zur Schloßbergglücke, von da zum Stierenbachfall und an den Elwenstein ob der Alp Ebnet, sodann über den Stotzigberggrat, die Rigidalstöcke, über das heutige Schlatt (Elsbühel) nach Rothalden. Es deckt sich mit dem Umfang der späteren Klosterherrschaft, über die wir durch die vorzüglichen Darstellungen einzelner schweizerischer Historiker und Statistiker des 18. Jahrhunderts ausgezeichnet orientiert sind.<sup>6a</sup>

Innerhalb der Herrschaft lag der gefreite Hof des Gotteshauses. Er umfaßte das unmittelbare Gebiet um das Männer- und Frauenkloster und hat sich im Verlaufe der Zeit zum heutigen Dorf entwickelt. Wie die Urkunde vom 27. Februar 1413 ausführt, war er darum gefreit, „daz die selbigen frowen ze Engelberg dester bas mügent beliben in gotzdienst und an ir andacht dester minder geschrey und brachtes habent“. Ein Argument, das spät und abgeleitet erscheint. Der Ursprung des Freihofes, d. h. des engsten Klosterbezirkes, ist wohl nichts anderes als das vom hohen Gericht exempte Gebiet.

Innerhalb seines Territoriums besaß der Abt kraft seiner Privilegierung als weltlicher Herr nahezu unum-

---

<sup>6a</sup> Geschichtsfreund 7, 139, sowie die Beschreibung von 1357 im Anzeiger für schweizerische Geschichte 2, 70. Die obigen Grenzen kennzeichnen das territoriale Banngebiet, fallen ursprünglich aber nicht mit der Abgrenzung der äbtischen Gerichtsbarkeit und den kirchlichen Grenzen zusammen. Vgl. im einzelnen dazu P. Ignaz HESS, Der Grenzstreit zwischen Engelberg und Uri, in Jahrbuch für Schweiz. Geschichte 25, 1900, 4; W. OECHSLI, Anfänge der schweizerischen Eidgenossenschaft, 1891, 84, 199 ff. und Kärtchen; DURRER, Einheit, 81 ff.; CATTANI 1 f., 10 f.

schränkte Gewalt, erst mit der Zeit durchlöcherten die Talbewohner das eine und andere Recht, doch wurde der Abt stets wieder von den Eidgenossen geschützt und vollends errichtete das Gotteshaus in der Neuzeit eine streng autarke Herrschaft.

Bei Wahl und Bestätigung des Abtes leisteten ihm alle mannbaren Talbewohner, die ausdrücklich als „gotzhüslüte“ bezeichnet werden, den Treuschwur. Sie schworen, seinen Nutzen und seine Ehre zu fördern, seinen Schaden zu wenden, sein Gericht zu schirmen, sein Recht zu sprechen und zu behalten, ihm gehorsam zu sein — „an alle geverde, as gotzhus lüte von recht tun sollent unz an ir ende oder an das ende des herren herschaft“.<sup>6b</sup>

Mit Eintritt ins Mannesalter, d. h. mit 14 Jahren, hatte jeder Talbewohner dem Abte auf dessen Verlangen den Treuschwur zu leisten und zu huldigen, so gut wie der Landfremde, sobald er über Jahr und Tag sich im Tal niederlassen wollte. Diese Bestimmung erhielt sich bis in die Neuzeit. Das Alte Talbuch von 1582, das eine umfassende Kodifikation des Engelberger Rechts darstellt und im Ganzen bis zum Aufhören der Klosterherrschaft in Geltung war, besitzt dabei die Fassung: „Die tallüt, die ob 14 jaren sind, sollend einem vogt in des herren und apts namen schweren, sein nutz, lob und er ze fürdern, schand, schaden wo müglichen abwenden, sein gericht ze schirmen, sein recht ze sprechen und zue behalten, auch dem herren gehorsam ze sein on alle geverd als gotzhüslüt zu tun schuldig sind bis an ir end oder an das ende des herren herschaft“.<sup>7</sup> Die uralte Schwurformel ist dabei aufgenommen. Der Eid der Talleute ist im Talbuch aber noch durch zahlreiche weitere Eidformeln ergänzt, denjenigen des Vogts und Weibels, der Neun (Richter), der einzelnen

<sup>6b</sup> Vgl. auch Zeitschrift für Schweizerisches Recht (ZSR.) 7, 1858, Rechtsquellen, 51 art. 63.

<sup>7</sup> ZSR. 7, 1858, 34 ff., No. 9, besonders 36, 4. — Zum Alten und Neuen Talbuch beachte die Ausführungen von Heinz CATTANI, 43 ff.

Schätzer und der Knechte bzw. Bei- und Hintersässen.<sup>8</sup> Auch diese Formeln, obschon sie im Hofrodel und alten Talrecht von 1413 nicht enthalten sind, gehen jedenfalls auf recht alte Bestimmungen zurück.

Verging sich der Gotteshausmann gegen seinen Herrn, indem er ihn „an lib oder an sinen eren“ verriet, heiratete er seinen Ungenossen, „daz ist, die iemans eigen weren, es si frow oder man“, Eigenleute eines andern Grundherrn, oder erschlug er ein Gotteshausweib, so verfiel er mit Leib und Gut dem Kloster und nicht dem Ammann. Ein Artikel, der einen einschneidenden Eingriff in die Kompetenz des Hochgerichts darstellt und mit der Auffassung der Abhängigkeit des Eigenmanns vom Herrn in gewissen rechtlichen Belangen zusammenhängt. Es ist übrigens ein Hinweis darauf, daß die Bestimmung offenbar aus einer Zeit stammen muß, wo die hohe Gerichtsbarkeit noch nicht im Besitze der Abtei war.<sup>8a</sup> Die gewichtige Anordnung ist selbstverständlich bis zur Aufhebung der Klosterherrschaft in Kraft gewesen.

Von Anfang an wurde das niedere Gericht vom Abt ausgeübt. Er besaß „elli gericht des gotzhus über des gotzhus lüt und güt“. Er war Gerichtsherr, präsiidierte das Gericht oder ernannte seinen Stellvertreter. Wegen der Besetzung dieses Gerichts kam es im 15. Jahrhundert zu schweren Streitigkeiten zwischen dem Kloster und der Talgemeinde.<sup>9</sup> Wie der Abt den eidgenössischen Schiedsrichtern 1444 erklärte, gehörte dem Gotteshaus damals sowohl das hohe wie das niedere Gericht „und er oder siner conventbrudern einer da richten mögent als dik das not-

---

<sup>8</sup> ZSR. 7, 34 art. 1—8.

<sup>8a</sup> CATTANI, 14 vermutet, Engelberg habe erst seit 1240 die hohe Gerichtsbarkeit für das ganze Banngebiet innegehabt, vgl. ebenda 12 ff.

<sup>9</sup> Auf das Gerichtswesen trete ich im folgenden nicht näher ein, beachte dafür die eingehenden Darlegungen von CATTANI a. a. O. — Im Gegensatz zur Grundherrschaft hat sich die Talgemeinde in der Gerichtsherrschaft etwas freier entwickeln können.

durftig sie, wölte oder möchte er oder der herren einer selber nit richten, so möcht er von der hohen gericht wegen einen richter erkiesen, wanan er joch sie, der ein from man und im darzu gefellig sie, der da richte umb die hohen gericht und uber das blut, von den tallüten unbekumbert; so denn von der kleinen gericht wegen, da möge er ouch einen weltlichen doch under den tallüten und keinen frömden erkiesen, welcher im gefalle an der tallüten sumniß und irrung nach siner und sins gotzhus fryheit und ouch siner sprüchen lut und sag".<sup>10</sup>

Bedurfte er dabei „von gerichtz wegen oder von andren redlichen sachen“ der Talleute, so konnte er sie nach Belieben dazu aufbieten. Sie hatten seinem Gebot Folge zu leisten „und mit gūten trūwen beholfen sin zū dien sachen, als er ire denne notdurftig ist“. Daraus entwickelte sich allmählich ein gewisses Mitspracherecht der Talgemeinde an der Stellung des Richters. Kraft seiner Stellung als Gerichtsherr war wie gesagt der Abt durchaus allein befugt, die Richter selbst zu wählen. Die Entwicklung aber brachte es mit sich, daß das Tal gerade in dieser Beziehung mitzuwirken wünschte. So beantragten die Talleute 1444, er möge „keinen weltlichen richter . . . erkiesen, denn mit und vor inen vor gericht und mit der meren hand, nemlich er mit inen und si mit im, und umb welhen es denn das mer werde, der ein talman sie, den möge er denn ze einem richter setzen als umb die kleinen gericht“, — in die hohe Gerichtsbarkeit wollten sie ihm nicht drein reden. Das Schiedsgericht entschied darauf am 18. März 1444, den Abt in seinem Recht schützend, „das unser herr der apt als von der hohen gericht wegen kiesen möge einen richter, wannen er sie, der im darzu gefalle umb die hohen gericht und uber das blut ze richten, als im des die tallüte gichtig sint. Des glich von der kleinen gericht wegen, das der benempt unser herr der apt einen talman und nit einen frömden,

<sup>10</sup> ZSR. 7, 15 ff. No. 2, bes. S. 16, 19.

sider er des ouch gichtig ist, welcher im darzu gefallet, ouch darzu kiesen und setzen mag, von den tallüten gantz unbekümbert, doch mit der bescheidenheit, welhe er erkiesse oder setze, es sie von der hohen oder der kleinen gerichtten wegen, das dero jetweder ein from biderb gemein man, dem eids und eren wol ze getruwen sie, und ouch welhen er also erkiesse und setze, das der schwere ein gemeiner richter ze sin dem armen als dem richen und niemman sinen gunst fürer ze geben einem teil mer den dem andern weder durch miet noch durch mietwan noch durch keiner argkweniger sach willen und darzu dem gotzhuse sine fryheiten, gewonheiten und rechtungen ze behaben getrűwlich und ungeverlich".<sup>11</sup> In der so wichtigen Frage der Gerichtsbesetzung setzten die Talleute nie ihre Mitwirkung durch. Das Alte Talbuch von 1582 übernimmt die Fassung des 1444er Spruchs beinahe wörtlich. Das gleiche Rechtsbuch hat auch den Eid der Richter aufbewahrt, der gewiß erheblich älter ist als das 16. Jahrhundert.<sup>11a</sup>

Im Falle einer Appellation sah der Hofrodel einen komplizierten Rechtszug innerhalb des Klostergebiets von Buochs, Urdorf und Cham vor. Eine Berufung an fremde Gerichte war jedenfalls wohl von Anfang an unstatthaft und ist in der Organisation der Grundherrschaft begründet. Demgemäß durften auch nur die, „die unsers gotzhus sint“, nach der Fassung von 1413 „die die des gotzhus lüt sind“, also die Talgemeinde, über „gotzhuslüten erb und des gotzhus eigen“, über Gotteshausleute zu Gericht sitzen und urteilen, soweit es sich um das niedere Gericht handelte. Vermöge ihrer grundherrschaftlichen Stellung genossen die Talleute dieses besondern Rechtes, einer Exemption von der nichtäbtischen Gerichtsbarkeit in Zivil- und Polizeisachen. Von Bedeutung ist dabei der Spahn, der sich in prozeßrechtlicher Hinsicht später entwickelte. Wir erfahren darüber aus der Urkunde von

<sup>11</sup> Ibidem, 19.

<sup>11a</sup> ZSR. 7, 66 art. 116—117; ib. 35, art. 3 Anm.

1413. Dort bestimmte das Schiedsrichterkollegium nämlich einige weitere wichtige Artikel: „wenn ein gast kunt und das recht von einem tallman vordert, da soll derselb gast des ersten und voran trösten oder schweren, waz im da gericht und urteil git, das er daby belibe; fügte es sich aber, das den apt oder den, der von sinen wegen ze gericht sitzet, düchte, das dem gast ein gelich reht nit wölt vollangen, oder ob es den gast düchte, so möchte wol der apt oder sin statthalter daz gericht uff schlachen für me lüten und sich bedenken, waz im in der sach ze tuonde sy, durch das iederman ein gemein recht vollange. Teiltent sich ouch vor im urteilen, und inn ein gast bete, daz er die urteil zugit, daz mag er wol tuon und biderber lüt rat han, wedre urteil er da reht geben sölle. Bescheche ouch, daz dehein gast deheinen tallman uff geistlich gericht lüde umb weltlich sachen, da sol der apt werben in sinen kosten, daz das gericht für inn in sin tal gezogen werde. Ließ er ouch ieman rehtlos in dem tal und des dehein talman ze schaden keme, den schaden sol er ouch usrichten. Verbrieffeti oder gelobti dehein talman ieman ützet, und sich des tals gericht da mit entzige und sinem schulder ander gericht darumb über sich erlöbti, den sol der abt da vor nit schirmen, er tet es denn gern. Sprech ouch iemant einen tallman umb wuocher an, umb e, oder umb ketzerye, der sol sich darumb versprechen alz inn gut dunkt, an des gotzhus schaden“.<sup>11b</sup> Diese namentlich für die Wirtschaft so wichtige Bestimmung hinsichtlich der Rechtsprechung in Händeln der Talleute mit Fremden ist im vollen Umfang bis zum Ende der Klosterherrschaft beibehalten worden. So verfügt das Alte Talbuch, das sich weitgehend an obige Ausführungen hält, „das gricht frömbder personen betreffende“: Falls ein Fremder („ein gast“) komme und vom Talmann Recht fordere, solle er zunächst unter Eid geloben und dafür Sicherheit leisten, daß er sich an das vom Gericht erteilte Urteil halte. Im

---

<sup>11b</sup> Vgl. Geschichtsfreund 11, 200 f.

Streitfall, wenn der Abt oder sein Stellvertreter im Gericht der Meinung ist, daß „dem gast ein sölch recht nit wölt vollangen“, oder wenn kein einhelliges Urteil zustande kommt oder wenn ihn der Fremdling bittet, den Rechtszug zu tun, dann möge der Abt entsprechend handeln und „biderb lüten rath han“, welchem Urteil er Recht geben solle. Sofern aber ein Fremder einen Talmann wegen weltlicher Sachen vor ein geistliches Gericht lade, solle der Abt darum besorgt sein, daß „das gricht für im in synthal gezogen werde“, d. h. die Angelegenheit vor das geistliche Gericht des Engelberger Abtes gebracht werde. — Wenn jemand wegen des Abtes im Tal rechtlos bliebe, kein Recht erhalte und infolgedessen ein Talbewohner zu Schaden komme, dann solle der Abt den Schaden tragen.<sup>11c</sup>

Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang die Forderung der Talleute 1413, daß der Abt und das Gotteshaus ihnen „geistlich und weltlich gericht haben sülle“. Mit Recht verwies sie aber der Abt darauf, daß „si nit getrüwent, das sy die tallüt vor allen geistlichen gericht schirmen süllent, want doch iedermann das wol ze wüssent si, daz si das nit können noch mugent getuon, was si aber anders getuon können mit bitten und ze fürdrende, des wellent si willig sin und gern tuon“.<sup>11d</sup> Aus den Sprüchen der eidgenössischen Schiedsleute ergibt sich, daß jedenfalls das Kloster verpflichtet wurde, sein Möglichstes zu tun, um bei Zitationen der Talleute vor geistliche Gerichte die Angelegenheit wenn immer möglich nach Engelberg zu ziehen.

Als Gerichtsherr übte der Abt auch die Polizei über das Tal aus. Der Hofrodel verzeichnet darüber nichts Näheres, doch lag die polizeiliche Aufsicht von Anfang an in der Kompetenz des Gerichts- und Grundherrn. Der Spruch vom 18. März 1444 enthält nun einen alten, von Kloster und Talgemeinde gemeinsam im Maiending „einhelliglich“

<sup>11c</sup> ZSR. 7, 67 art. 119.

<sup>11d</sup> Geschichtsfreund 11, 200.

aufgestellten Bußenrodel — ein „rödelin, sie des aptes von Rinow sel. hand“ — inseriert, der demnach aus der Zeit des Abtes Johann II. Kummer (1421—29, 1431—35) stammt, vielleicht aber weiter zurückgeht. Darin sind einzelne Bußen genau fixiert:<sup>12</sup>

„Wer messer oder schwert zukt oder des glich in zornigem mut in unserm tal oder einer den andern blutrums machet oder mit steinen wirft, wer dero deheins tut an einem sunnentag oder gebannen virtag, wa er joch das im tal tete, der oder die söllent, welch das getan hetten, bußen an die stol drü pfund und an den stab dristend nün schilling. Wer oder welche aber das tetend an einem werktag, beschicht es denn in dem hof, so sol aber er oder die das tetind bußen, dieselben vorgehen. großen buß an die stol drü pfund und dristund nün schilling an den stab. Beschech es aber ußerhalb dem hoff in dem tal, so sölt man allein bußen an den stab dristund nün schilling.

Wer ouch das einr den andern schläge mit der hand oder fust an waffen und er in nit blutrumb machet, so bußet er allein dry schilling, es wer den das von des streichs wegen einr messer oder waffen zuchte über den andern. Wa das bescheche, so sölt man aber die großen buß ablegen und bußen an die stol und stab in der maß als vor bescheiden ist.

Item wa ein apt oder richter vernimpt, das ieman kriegt hat in unserm tal, der mag die harfür nemen, ob er wil, einen oder me, und welch da kriegt hand wider des gotzhuses und des tales einung, als vor bescheiden ist, und des nit gelougnen mugent, die sond ze stund dem richter und dem gotzhus die buß verfallen sin, es sie an die stol oder stab, als vor bescheiden ist. Und wil oder mag den deheiner die buß uff den andern bringen, das ist vorbehept. Uf welen denne die buß und der anfang gelege, der sölt denen die bußen bed oder all ustragen als vil denne uf dehein bracht wurde“.

---

<sup>12</sup> ZSR. 7, bes. S. 16 f.

Diese Artikel, wie sie ähnlich in zahlreichen spätmittelalterlichen Bußen vorkommen, sind beinahe wörtlich in das Alte Talbuch übernommen worden und besaßen bis ins 19. Jahrhundert hinein Geltung.<sup>13</sup> Die jüngere Praxis unterschied dabei gleichfalls, wie übrigens bereits die älteste alamannische Gesetzgebung, zwischen dem Schwertzucken, dem Steinwurf und dem Schlag ohne Blutruns. Das in dem angeführten Rodel von 1444 aufgeführte Fridgebot erhielt 1497 durch einen neuen dahin zielenden Erlaß eine Erweiterung. Auch diese Stücke sind in das Talbuch übergegangen.<sup>14</sup>

In vollem Umfang — so darf man sagen — blieb das bereits im 13. Jahrhundert niedergeschriebene Gewohnheitsrecht hinsichtlich des Gerichtswesens in Geltung bis zum Erlöschen der Klosterherrschaft im Jahre 1798, ohne daß bedeutendere Wandlungen sich darin vollzogen hätten.

Zu den bedeutsamsten Rechten des Abtes gehörten außer dem Gericht verschiedene Regalien und Befugnisse. So durfte, wie sich der Hofrodel ausdrückt, niemand ohne seine Einwilligung „hornschellen, noch gewilt vellen, noch wighaftigen buw machen“. Zu den Prärogativen des Abtes zählen hier außer dem Jagdregal der Bau fester Häuser, also wohl von Türmen, und das Aufbieten der Leute zur Versammlung usw.

Während offenbar wegen dieser keine Stöße zwischen der Herrschaft und dem Tal entstanden, gab es häufig Streit des Wildbanns halber. Dieser, so führte der Abt vor den Eidgenossen 1444 aus, gehöre ihm und seinen Nachkommen — den späteren Aebten —, d. h. das Got-

---

<sup>13</sup> ZSR. 7, 38 f. art. 11—14. Vgl. auch art. 15—18, mit sehr interessanten Bestimmungen betr. Heimsuchung usw. Ferner art. 80—84. Wegen der Höhe der Bußen entstanden 1444 Streitigkeiten mit dem Abt, da „vor ziten die buß nit so groß gesin“. Die Schiedsleute stellten sich auf den Standpunkt des Rodels, überließen es aber beiden Parteien, gegebenenfalls eine Aenderung zu treffen, a. a. O. 17, 19.

<sup>14</sup> ZSR. 7, 30 No. 7

teshaus sei ausschließlich allein Besitzer der Jagd, und er könne „uber jar da jagen . . . , wen er welle oder das er den lichen möge, wem er welle, er sie ein talman oder nit, von den tallüten unbekümbert“.<sup>15</sup> Dabei machte er der Gemeinde das Entgegenkommen: „die tallüt mögent jagen beren, wolf und luchs, mit der bescheidenheit, das si im von einem beren das houpt geben, als das von alter her komen ist“. Sofern aber ein Talmann „mit sinem willen ander gewild jagte, das im der ouch gebe sin reachtung, entweders von einem tier ein louf oder aber das vierd tier welherley die sient“. Ohne seinen Willen sollten sie jedoch „kein ander gewild nit jagen“. Eine andere Sache schnitt er mit der Frage der Entschädigung der Talleute an, sofern ihre Alpen oder Weiden oder ihr Vieh durch die Jagd litten: „Wer sach das er oder ieman, dem er den (wild) ban gelichen hette, jagte ze den ziten, so die tallüt ir vich, es were schäf, kelber oder anders uf der alp hettent, bescheche davon den tallüten dehein kundbarer schaden, den sölte er oder dem er den ban geliehen hette dem oder denen geschedigoten abtragen etc.“

Die Talleute gaben sich damit nicht zufrieden. Wie sie behaupteten, hätten sie wohl das Recht, allerlei Tiere zu jagen, „doch mit der bescheidenheit, das si einem apt sin reachtung, es sie von beren oder andern geben sölten, als das von alter her komen ist, von einem apt unbekümbert“. Hingegen seien sie der Auffassung, daß der Abt „keinem frömden den wildpan sölle lichen oder das er selber jagen sölle in den ziten, so ir vich uf der alp habent, wol wölte er acht oder vierzechen tag jagen in den ziten, so ir vich nit uf der alp gienge, das inen kein schad darvon beschechen möchte, darin retten si im nützet“. Unter Berücksichtigung der Gerechtsame des Gotteshauses und der billigen Vorhaltungen der Talleute entschied damals das Gremium, indem es den Abt in seinen Rechten schützte, ihm aber nahe legte, Schaden zu vermeiden und

---

<sup>15</sup> Vgl. Geschichtsfreund 11, 18.

diesen zu tragen. Außer Bären, Wölfen, Lüchsen sollten die Talbewohner ohne den Willen ihres Herrn „kein ander gewild nit jagen noch vahn . . . an all geverd“. Diese Jagdgesetzgebung ist später im Alten Talbuch erweitert worden durch Aufnahme zweier weiterer Paragraphen: Das Abschießen der Gemen vor S. Margarethentag wurde gebüßt und außerdem wurde „das site und was an der siten durch inhe an der Urner biet ist“ gebannt.<sup>16</sup> Das Neue Talbuch hat dann die in der Neuzeit geltenden Bestimmungen über das Jagdregal formuliert, unter Zugrundelegung der alten Gerechtsame des Hofrodels und der zitierten Urkunde. Von der alten Einschränkung der Jagd auf Bären, Wölfe, Luchse für die Talbewohner ist keine Rede mehr. Die Rechte des Gotteshauses sind nun verallgemeinert und bilden insofern ein interessantes Beispiel für die Fortentwicklung gewisser Rechte in der Neuzeit.<sup>17</sup> Der Wortlaut ist der folgende:

„Diß sind auch des gottshus benne, als denn von alter harkommen ist und die brief wysent, das der wildfang deß gottshus eigen ist und unser herr der apt denselben mag besetzen und entsetzen und jagen nach sinem willen. Es ist auch dz das thier auf dem gradt, der vogel im luft, der fisch im wasser dem gottshus gebanet, das da niemandt jagen, voglen nach fischen soll, es were den sach, das eim erlaubt wurde.

Item es ist auch verboten, das niemant kein gemsch noch ander gwildt und ding wie obstat auß dem thal trägen soll ze verkaufen ohne eines herren des abts erlaubnus old bewilligung. Und wer solches übersäche, soll verfallen sin ohne gnad 3 fl. buoß und darzuo was er ab dem fang glöst hat.

Item wenne einer ein gemschtier bringt, es sige jung oder alt, so ist das gottshus nit mer schuldig zugeben, als

<sup>16</sup> ZSR. 7, 18, 20; 48 art. 52, 53.

<sup>17</sup> ZSR. 7, 73 ff., speziell 81 art. 27, 28. Man beachte auch das interessante Mandat betr. Mineral- und Jagdregal von 1689, ZSR. 7, 125 No. 38.

ein kronen. Bringt einer ein fuchs, so gibt man im 2 pf. Item umb ein hasen 10 sch., um ein murmaltern auch sovil, um ein birchhanen 30 sch., um ein steinhüenle 5 sch. und ist man nit me schuldig ze geben, man thüe es dan gern".

Eine Reihe weiterer Bestimmungen des alten Weistums sind von Bedeutung für die Entwicklung der privatrechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse geworden.

Die Auffassung, wonach das ganze Tal Engelberg Eigentum des Klosters sei, bedingt weitgehend die grundherrschaftliche Struktur des alten Engelberger Rechts- und Wirtschaftslebens. Einer der wichtigsten Grundsätze, durchaus von der grund- und munt-herrschaftlichen Auffassung diktiert, ebenso sehr wie etwa das Verbot der Ungenossenehe oder die Ausschließlichkeit des grundherrschaftlichen Gerichts für die Gotteshausleute, bedeutet das Prinzip, daß „des gotshus güt sol nieman buwen noch haben van ein ingesessen gotzhusman“, oder wie es 1413 formuliert wurde „des gotzhus güter sol nieman buwen noch haben denn ein ingesessen talman“. Damit wurde die Konstanz der Talgemeinde gewahrt, die Uebervölkerung durch Fremde oder die Verdrängung der Talleute durch solche verhindert, gleichzeitig der Durchsetzung der Herrschaft mit Angehörigen freien Standes entschieden ein Riegel gestoßen.

Aus diesem Grundsatz folgt logisch das Verbot für die Talleute, ohne Einwilligung des Abtes ihre liegenden Güter an Auswärtige zu verkaufen oder sonst hinzugeben. Die Möglichkeit fremden Zuzugs wollte das Recht nicht ganz verunmöglichen. Der Hofrodel stipuliert ausdrücklich, daß derjenige, der von einem Talbewohner ein liegendes Gut kaufe, es innerhalb Jahresfrist vom Abt empfangen müsse. Die Urkunde von 1413 drückt dies etwas ausführlicher, erläuternd aus: „Wer ouch ligende güter kouft, der sol sy ze meyen oder ze herbst tedlingen inrent jars frist empfachen oder vordern ze enpfachende

von eim apt oder von dem, der an siner statte sitzet". Hielt er sich nicht an diese Verordnung, so verfiel das Gut dem Abt, d. h. das Rechtsgeschäft wurde zu Ungunsten des Erwerbers aufgelöst. „Wer daz nit tet, fügt der Spruch von 1413 hinzu, und das jar und tag übersechi, die güter süllent lideklich eim apt verfallen sin".<sup>17a</sup> In der Neuzeit wurde dieser Grundsatz gleichfalls ausgeübt.

Konventual Johannes Straumeier von Engelberg fügte der Bestimmung des Alten Talbuchs die aufschlußreiche Notiz bei: „Mos autem nunc est, ut empta sic predia, domos, alpes etc. eo tempore anni in feuda accipiant a monasterio cum solutione laudemii in parata pecunia, quando Reverendissimus annuas rationes cum singulis vasallis instituit v. g. in adventu vel mense Januario".<sup>18</sup>

Die grundherrschaftliche Abhängigkeit der Talleute vom Gotteshaus kommt vorallem in zahlreichen Dienstleistungen, Frohnden und Reallasten zum Ausdruck.

Als Eigentümer des gesamten Grund und Bodens forderte das Kloster jährlich den Grund- oder Herrenzins — „want die güter, davon si zins gebent, des gotzhus eigen sint". Wer ihn nicht entrichtete, dessen Gut verfiel dem Abt. Das Talrecht bietet mit seiner Fassung eine gewisse Interpretation des Hofrodels. Gegenüber der kurzen Fassung des letztern heißt es dort: „Lasset ouch dehein tallman sine güter iar und tag unverzinset, alßo daz ein zins den andern begriffet, die güter süllent ouch lideklich eim apt verfallen sin. Es were denn, daz einer, der zinsen sol, als arm wer, daz man kein pfant hinder im funde, wann denn derselbe den ersten zins gilt und den andern vertröstet uff bescheiden tag, so süllent die güter nit verfallen sin".<sup>18a</sup>

Die Natur dieser Zinse und ihr Abgabetermin wird einläßlich bestimmt, bildeten die Zinse doch die wichtigste

<sup>17a</sup> Geschichtsfreund 11, 201.

<sup>18</sup> ZSR. 7, 57 art. 89.

<sup>18a</sup> Geschichtsfreund 11, 201.

wirtschaftliche Grundlage des Klosters. Danach hatten die Gotteshausleute ihre verschiedenen Zinsabgaben, deren Höhe nach der Größe des Grundstücks variabel war und daher nicht im Weistum, wohl aber im Urbar fixiert wurde, an Ziger, Käse und Zinspfenning (d. h. Bargeld) auf S. Gallustag (16. Oktober), die Eier zu Ostern, die „Meyenstür“ auf den Tag S. Johannes des Täufers (24. Juni) zu entrichten. Bei Terminverspätung wurde der Säumige mit drei Schillingen gebüßt. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts, als man die Kodifikation des geltenden Rechts für das Tal vornahm, hatten sich die Verhältnisse bereits weitgehend verändert. Schon das Urbar von 1550 läßt erkennen, daß neben dem Ankenzins und einem geringen Eierzins in der Hauptsache nur noch Geldzinse entrichtet wurden. Von Ziger oder Käse ist nicht mehr die Rede. In Abänderung des Hofrodels lautet daher der Artikel des Talbuches: „Item es sollend die gotzhus lüt ire zinß, zinßpfenig zu St. Gallentag, die eyer ze Ostern legen und geben, die meyenstür zu St. Joannstag“.<sup>19</sup> P. Johann Straumeier fügt dem die Bemerkung zu: „Ita enim juxta literas anni 1413 et aliorum temporum rustici tenebantur solvere zinßziger et zigerkäß. Et quo pacto hec obligatio desierit, non constat, nec in ullis documentis, quae vasalli servant, reperire est. Forte ex conniventia abbatum debitum suum non praestant . . . Nescio quo vento hi denarii et ova immo iuxta antiquiora monumenta olim soluti casei, seracei et Champfennig evolarint. Superest saltem canon s. der bodenzinß: ova, certis praediis imposita et aliquot librae butyri quae annuatim solvi debent“. Aus der Bemerkung von Abt Leodegar I. Salzmann (1769—1798) „Da die zinspfenning zu St. Gallentag verrostet, die ostereyer selbst geässen, die meyensteure zu St. Johannestag lengst vergessen und unüblich, namblich 5 schill., käs- und zigerzins vergrauet, so ist diser artikel nit mer in siner alten ordnung“, müssen wir schließen, daß zu seiner Zeit, d. h.

<sup>19</sup> ZSR. 7, 57 art. 90.



**Engelberg**  
 Ausschnitt aus der Siegfriedkarte



am Ende der Klosterherrschaft der Herrenzins nur noch eine sehr bescheidene Einnahmequelle des Gotteshauses bedeutete.<sup>20</sup> Bei der wachsenden Entwertung des Geldes waren die sich gleichbleibenden Geldzinsbeträge immer geringer geworden, so daß sie schließlich überhaupt nur die Bedeutung einer Rekognition und historischen Wert hatten.

Von hohem wirtschaftsgeschichtlichen Interesse sind die im Hofrodel über diese Zinsen gemachten nähern Angaben, die durch die Urkunde von 1413 und eine solche von 1469 erläutert und ergänzt werden.<sup>21</sup>

Auf den Tag der Zinsleistung der Ziger und Käse ernannte der Abt fünf ehrbare Männer, die Ziger und Käse „bi dem eide, den si dem gotzhus hent getan“, schätzen mußten. Sprachten sie sich dahin aus, „das man die ziger nemen solle“, so mußte man sie nehmen. Wenn der Abt sie nicht nehmen wollte, so hatte der Besitzer des Zigers für jeden Ziger 7 Sch. 4 Pfenn. zu geben. Gleichzeitig mußte er zu den Heiligen schwören, „daß er damit verzinset habe“, d. h. daß er seiner Zinsverpflichtung voll nachgekommen sei, also keinen Zins hinterzogen habe.

Des näheren wird dann bestimmt, daß der Ziger hergestellt werden solle „mit dem mulchen, das des jares von mitten meijen unz an sant Gallen tag gemulchen ist“ und daß jeder Ziger 16 Pfund und zwei Altbecher Salz halten mußte.

Wie die Urkunde von 1413 anfügt, hatten die Schätzer die Pflicht, Ziger zurückzuweisen, den sie zu wenig schwer hielten: „Swes aber der ziger die schetzer swecher dunkt, das sullent si heißen beßren, als verer das si dunkti, das ein gotzhus sine zinszigren wolgewert sie“.<sup>22</sup> 1469

<sup>20</sup> Ibidem. Ein Verzeichnis der noch heute ans Kloster zu entrichtenden Herrenzinse von Engelberger Gütern auf dem Grundbuch Engelberg.

<sup>21</sup> ZSR. 7, 23 No. 4. Zur letzten vgl. CATTANI, 38 ff.

<sup>22</sup> Man vgl. auch den Passus in der betr. Urkunde: „Wer ouch, das sich erfunde, das die ziger oder die kes nit mit solichen mulchen

kam es gerade wegen der Zigerzinse zu Streitigkeiten zwischen beiden Parteien und zu einem gütlichen Spruch. Der Abt behauptete nämlich, gestützt auf die Privilegien des Klosters, d. h. auf das Gewohnheitsrecht, „das die tallüt dem gotzhus zyger schuldig weren von gütern . . . , da sy die zyger nit machten als sy meinten, das si tun solten, denn ir roddel und briefe wysten, das 16 fund in eim zyger sin söllen und 2 alt becher saltzes“. Die Talleute hätten nun „fünder“ zu Uri genommen, bei Leuten, die selber Ziger machten. Daraus sei dem Gotteshaus großer Schaden entstanden, weil die Talleute fortan „anders zinsetten den ir vordern getan hetten und von alter har komen weren . . .“ Die Talleute bestritten die Aussage des Herrn nicht. Sie wiesen aber darauf hin, daß beim Ziger „söltti 16 fund in einer rinden sin und 2 alt becher saltzes, da were ein handt vol saltzes ein becher“. Da stets Irrungen wegen des Gewichts geherrscht haben, hätten sie „an ein amman und die landlüt (zu Uri) umb die fünder“ geworben, „die weren innen ze Ure worden und die gewicht, die machten sie by den fündern und meinten da mit dem gotzhus genug getan han“. Die Schiedsrichter entschieden darauf, daß „die tallüt und wel also dem gotzhus ziger . . . schuldig sind, je für ein ziger zehen plapphart geben und bezalen söllent, jerlich nach marchzal uf und abzerechnen . . . und als denn die tallüt und die so die zyger schuldig sind untz har zu sant Gallentag bezalt hand, die sönd sy nu hinfürhin jerlichen bezalen zue sant Jorgentag und sond nu zu sant Jorgentag nest künftigt anvahen und sollich gelt bezalen mit barem gelt, je zehen plapphart für jeden zyger . . . ; wer aber das nüt täti und die zwölf blapphart oder so vil einer je schuldig were, sin zyger . . . nit wertti und bezalti zu sant Jorgentag, denn sond des güter der denn nit bezalt hat dem gotzhus

---

gemaht werent und nit gut<sup>e</sup> weren, als si sin söltent, so süllent si die ziger oder die kes wider nemen und ander guot geben.“ Geschichtsfreund 11, 202.

verfallen sin, wie das umb die zyger in den röddlen und briefen geschriben stat und von alter har komen ist. Aber süß all ander zinß, so die tallüt dem gotzhus schuldig sind, sollent sie dem gotshus bezalen zu allen tagen, wie die vallent, die harin nit begriffen sind, wie die genempt sindt, die all har in usgesetzt sind".<sup>22a</sup>

Die Ablösung des Naturalzinses in Bargeld ist der eigentliche Grund, warum im Alten Talbuch die Zigerzinsen nicht aufgeführt sind. Ohne Zweifel erging auch eine ähnliche Bestimmung für die Käszinsen. Zur Abnahme der Käse waren die gleichen Schätzer tätig. Wer den Käse nicht ablieferte, hatte dafür schon nach dem Hofrodel 3 Sch. 4 Pfenn. als Entgelt zu geben und gleichfalls den Schwur zu tun, seinen Zinsverpflichtungen nachgekommen zu sein.

Eine besondere Bestimmung liegt über die sogenannten Melcheimer vor.

Gemäß dem Hofrodel sollte ein „melcheimer gemacht sin mit der mulchen, as sie von der kû gemulchen wirt, die sol man erwellen und dik machen und nüt kessuppen und nüt nidlun und sol ein VI altmessigen kübel füllen“.

Vielleicht älteren Ursprungs, doch erst 1413 nachweisbar ist der Brauch einer Gegengabe in Form von Brot durch das Kloster bei Entgegennahme der Zinsen und einzelner anderer Abgaben. Diese interessante Verpflichtung, die sich auch anderwärts findet, unterscheidet zwischen Abgabe von Käse, Eiern, Melcheimern, Zigern und bestimmten Gelegenheiten. Sie lautet:

„Wer ouch einen teil kes bringt, dem sol man ein brot geben. Wer ouch ein vasnacht huon bringet, dem sol man ouch ein brot geben. Und werent zwo e oder ein witwa in eim hus, da sol man zwöy brot hingeben, kunt ouch numen ein huon uß dem selben hus. Es sol ouch ein ietklich hus ein huon geben, es sient lüt darinn oder nit.

---

<sup>22a</sup> ZSR. 7, 24 f.

Wo ouch ein kintbetterin geniset, da sol man ir ein brot und ein maß wines geben. Wer dryssig eyer bringt, dem sol man ein brot geben, der mer bringt, dem git man ouch me, der minder bringt, dem git man ouch minder brotz. Wer ouch einen milcheymer bringet, dem git man ouch ein brot. Item von zweien zigern ußer Oyen git man vier brot". Diese Brotgabe hat sich bis in die Neuzeit hinüber gerettet — noch im Alten Talbuch ist davon die Rede, nur daß die Ziger- und Käsabgaben nicht mehr aufgeführt sind.<sup>23</sup>

Im Zusammenhang mit der jeweiligen Gutsübernahme steht aufs engste die Handänderungssteuer, der sog. Ehrschatz. Schon der alte Hofrodel verfügte, daß derjenige, der ein Gut kaufte, es innert Jahresfrist vom Abt zu empfangen hatte. Damit war — es ist zwar nicht ausdrücklich gesagt — das Laudemium verbunden, eine bestimmte Abgabe in Form einer Huldigungssteuer. Ausführlicher findet sich die äbtische Auffassung 1469 fixiert.<sup>24</sup> Darnach hatte jeder bei Uebernahme eines Gutes, „wenn nu einer sturbi oder süß endrung gescheche in koufen oder ander wyse" den Zinspfennig zu leisten. Damals bestimmte das Schiedsgericht, daß, falls „dhein endrung beschicht umb güter, acher oder alpen, so dem gotzhus zinsber sind, es sy umb vil oder wennig, das denn ein ieklicher enpfan sol von eim apt oder sim anwalten in zyl und zyt, nachdem und sollich endrung beschicht und beschechen ist, nach inhalt des gotzhus rödlen und briefen. Täti aber jeman das nit, so sollend sollich güter wie vorstat dem gotzhus verfallen sin, ouch nach inhalt des gotzhus gewarsammi und rödlen". Jährlich sollten die Talleute solche Zinse zu St. Jörgentag mit barem Geld bezahlen.

Im Alten Talbuch ist diese Abgabe ganz kurz vermerkt: „Die tallüt sollen auch ir fäll und gläß dem gotzhus usrichten, wen dz ze schulden khumpt, als auch dz

<sup>23</sup> Geschichtsfreund 11, 205; ZSR. 7, 53 art. 71, 74.

<sup>24</sup> ZSR. 7, 23 ff. No. 4, bes. 27, 28.

die brief, die dz gotzhus hat und die thallüt versiglet hand, darum wol wüssend".<sup>25</sup> Allem Anschein nach war sie zu Beginn des 17. Jahrhunderts „von mentschen gedechtnus her nie in ubung gsin". Die Talleute behaupteten sogar, der „erschatz von ihren lehengüeteren" sei von ihnen nie bezogen worden, sondern nur der Fall. Demgegenüber wies der Abt auf des „gottshus gerechtigkeiten und harüber ufgerichtete verträg" hin, wonach „ein jeder thalman sin lechen und erbschaft von dem gottshus oder herren prelaten innert jarsfrist empfachen und sich umb die ußwyßende gerechtigkeit verglichen oder thädigen" müsse. Dabei stützte er sich auf die Weisung des Hofrodels über den Heimfall des Lehens an den Herrn bei Nichtbezahlung des Zinses. 1605 erkannte man deshalb, „wann sich ein todtfal begibt, so soll dem gottshuß der fahl geben werden, wie von altem här, auch nach sag und ußwyßung des gottshuß fryheiten, gerechtigkeiten und alten härkommens. Und so lang auch die erben in unvertheyltem erbgut byeinandern sitzent, sollen sy keinen erschatz zegeben schuldig sin, da zuvor der fahl darvon genohmen und geben ist. Eben also ouch wann sy die güeter in glichheit mit einandern theylendt. Wann aber in der theylung ein erb den andern ußkauft von dem ligenden lechengut, es sige mit gült, gelt oder fahrender hab, so soll man dem gottshuß den erschatz geben nach marchzal desselbigen ußgekauften theil deß ligenden lechenguts, von welchem dann selbiger theil ußgekauft worden. Glichermaßen ouch sollend alle ligende lehengüter, wann die verenderet werden, in was gstalt auch das were, anderst dann in erbswyß wie vorgehört, uff sölche begebende verenderung empfangen und vererschätzt werden. Und so manichs hundert pfund allwegen ein gut wert ist, so manichs pfund soll man zu erschatz geben und nit minder noch mehr".<sup>26</sup>

<sup>25</sup> ZSR, 7, 56 art. 86.

<sup>26</sup> ZSR, 7, 68 No. 12, bes. 69, 72.

Diese Regelung, die den Ehrschatz nur bei Handänderung auf der Basis eines Kaufgeschäftes stipulierte, blieb bis 1798 in Kraft und wurde seitdem auch von der kantonalen Gesetzgebung einfach, mit Modifikationen, übernommen. Immerhin kam es schon nach wenigen Jahren — 1619 — vorerst nochmals zu einer Auseinandersetzung zwischen der Talgemeinde und dem Abt, da die Gemeinde den Ehrschatz als eine neue Steuer ablehnte. Der Standpunkt der Talleute geht aus Anträgen der Talgemeinde hervor.<sup>27</sup> Er ist rechtsgeschichtlich nicht ohne Interesse, da wir erfahren, daß die Talleute vordem nie einen Ehrschatz bezahlt haben wollen. Ein Standpunkt, den das Kloster bestritt und den auch die Schiedsrichter nicht anerkannten. Die einschlägigen Stellen aus dem Gutachten der Talleute sind die folgenden:

„Zum 2. belangende den punkten des erschatzes halben, wie sölches gemeldet wird, daß von allen ligenden güteren, so verkauft werdend, dem gottshus vom hundertsten pfenig einer solle geben werden, welches auch in obgemelten vertrag für begriffen domalen neuw ufgesetzt, aber vormalen nie gebrucht noch geben worden, noch einiche gerechtigkeit zu erscheinen seind, daß wir niemalen ehrschätzig gsin sigend, sonder allein us einem instrument, so meldet, daß wir fähl und gläß dem gottshus schuldig. Dan auch das wörtli gläß uns dannethin beredt, den verstand der ehrschatz habe, auch domalen uns von wegen solchen ehrschatzes wegen nit mehr dan fünf schilling von 100 pfund angedütet, damit wir uns desto ehe zu gemelten vertrag bereden und also unbedachtlich uns inführen lassen. Da wir aber sither bericht worden, daß das wörtlin gläß nit den verstand umb den ehrsatz haben sölle, dieweil es under unsern schirmherren und

---

<sup>27</sup> ZSR. 7, 109. — Offensichtlich werfen die Talleute hier die aus der grundherrlichen Hofleihe abgeleiteten Rechte des Abtes auf das Erbe des Leibeigenen mit dem Ehrschatz durcheinander. Der unten erwähnte Loskauf vom Erbrecht des Klosters tangiert natürlich in keiner Weise den Ehrschatz.

väteren vogteyen im rächten ist dispendiert worden, daß das wörtlin gläß nit witer ußwist, da so ein erb falt, da kein nächere fründschaft ist, dan zum 7. oder 8., daß diejenige oberkheit den 10. theil behalten oder zufallen. Auch so es in dem nüwen vertrag gschriben stat, daß wir von den ehrblingsgütern ehrschätzig sigent, so vermeinent wir thallüten, daß wir keine erblinge güter haben und wir nicht ehrschätzig sigent. Dan wir ein brief haben, daß das erb abkauft ist, und darnach wir die güter kaufen und zahlen müssen. Welches nun uns und unsern nachkommenden zu großer beschwert ufgesetzt were, in hoffnung wir dessen unschuldig und darumb widerumb gelediget werden sollen. Item so begeren die gmeind, daß ihr gn. ihnen diejenige güter zeigen sölle, die erbling sigen. Diewil es in dem neuen vertrag meldet, daß erblinge güter seyen und nit das thal".

Gestützt auf den Antrag der Talgemeinde und unter Berücksichtigung des äbtischen Rechts ließen die Richter 1619 die Ehrschatzfrage auf sich beruhen und verwiesen dafür auf den 1605 zustandegekommenen Vertrag und die dortigen Abmachungen. Insofern hatten sich die Talleute mit ihrem Antrag durchgesetzt, als nur die nachträglich verkauften Erbgüter den Ehrschatz entrichten mußten, nicht aber Erben überhaupt.<sup>28</sup>

In diesem Zusammenhang sei noch einzelner weiterer Abgaben gedacht, die in engerer Beziehung zum Grundstück stehen.

Schon der Hofrodel führt als besondere, einmalige die Lieferung des Fastnachtshuhns bei einer Hausröiki an: „Es sol ouch en ieklich hus, da iar und tag husröiki ist gesin, ein vasnachthûn geben". Bezog sich dieser Zins ursprünglich nur auf den Fall, da ein Haus neu erstellt wurde, so wurde später die Abgabe verallgemeinert. Im Alten Talbuch findet sich die daraus abgeleitete Bestim-

---

<sup>28</sup> ZSR. 7, 98 ff. No. 14. Vgl. hiermit den einschlägigen Passus ZSR. 7, 72 No. 12 (1605).

mung, daß „ein jetlich hus ein fasnacht hun geben“ solle, „es seyend lüt darin oder nit“.<sup>29</sup>

Wir erwähnen hier auch die mit dem Grundstück eng verknüpften Dienstleistungen der Chamfahrt und der Mahd.

Unter der Chamfahrt verstand man die von einzelnen Talleuten ursprünglich auf den Chamer Gütern des Gotteshauses zu leistende Mahd. Welche Güter dazu verpflichtet waren, läßt sich heute infolge mangelnder Urkunden nicht genau nachweisen. Jedenfalls lastete auf einzelnen Engelberger Grundstücken die Verpflichtung dazu, und zwar zu ganzer, halber oder noch geringerer Fahrt. Der Hofrodel regelte diese Leistungen so, wer einen Chamschilling zu bezahlen hatte, sollte die Fahrt nach Cham tun, wer 6 Champfennige bezahlen mußte, war zu einer halben Fahrt verbunden. Handelte es sich um weniger, so ließ man es zusammenkommen, bis es einen Chamschilling ausmachte, damit die Fahrt ausgeführt werden konnte. Einläßlicher sind wir über diese Einrichtung durch die Urkunde von 1413 unterrichtet. Nachdem die Einzelheiten des Hofrodels übernommen, schreibt das Talrecht weiter: „und wie vil denn die herren bedürfent nach ir nutz, als vil mügent si nemen nach und nach als si des je notdürftig sint. Mit den gedingen, daz inen die herren ze essen und trinken geben söllent, die wile si die kamfart tuon, als daz von alter har komen ist, mit win und andern dingen, alz ein ietlich biderb man sinen werkmannen zu essen und ze trinken git. Es sol ouch iederman, es sie mann oder wib, die die güter hant, darauf die kamzinse ligent, sin kamfart tuon; und wer es selber nit tuon mag, der sol einen an sin stat gewünen ungevarlich, der die kamfahrt tue“.<sup>28a</sup> Danach hatte das Kloster je nach Bedürfnis das Recht, einzelne Talleute, die zu solchen Chamfahrten verpflichtet waren, aufzurufen, die entweder selber oder durch ihre Vertreter, auf Atzungskosten des Abtes die Reise zu tun hat-

---

<sup>28a</sup> Geschichtsfreund 11, 203. Vgl. auch ZSR, 7, 25 f. (1469).

ten. Im Alten Talbuch ist von dieser Einrichtung nichts mehr zu hören. Das hängt damit zusammen, daß der von der Aebtissin Judenta des Zürcher Fraumünsters 1235 an die Abtei Engelberg geschenkte Hof Cham im Verlaufe des 15. Jahrhunderts an die Stadt Zug gelangte, und damit diese Zinse illusorisch wurden.

Eng verwandt mit den Chamzinsen ist die uralte Verpflichtung, daß diejenigen, die Erblehen des Klosters hatten, jährlich „ein tagwan tûn“ sollten, „ein man megen und ein frow schniden“ bei Strafe von drei Schillingen bei Nichtausführung „und aber den tagwan tûn“. Interpretierend und ergänzend traf die Urkunde von 1413 die Bestimmung: „welcher ligendes hōw oder ander guot hat, da er fürcht, das es ime verderben welle, dem sol ein apt gebieten unz an das dritmal alltag einest, tuot er denn nit den tagwan, daß sol er beßren mit drin schillingen und dennoch den tagwan tuon. Hat er aber kein ligent hōw noch ützt, das er fürchtet, das es im verderbe, so sol er den tagwan tuon bi dem ersten gebott. Ze gleicher wise sol ein frow ouch ir tagwan tuon mit denen gebotten alz vor stat; mag si aber den tagwan nit selber getuon, so sol si ein ander frawen an ir statt gewinnen, alßo das dem gotzhus sin tagwan bescheche“. Ganz ähnlich gilt dieser Artikel für die Neuzeit, wobei einzig das Alte Talbuch ausdrücklich vermerkt, daß der Mann mähen, die Frau schneiden oder heuen solle.<sup>29</sup>

Von ganz anderer Natur als die vorstehenden Zinse und Dienstleistungen war der kirchliche Zehnt, den das Gotteshaus kraft der uralten, noch in die fränkische Zeit zurückreichenden Privilegierung der Kirche von seinem Grundbesitz erheben durfte. Auch diese Abgabe war genau so wie der Herren- oder Grundzins ursprünglich eine reine Reallast. Aus dem Hofrodel der „alten Bibly“ und dem Talrecht von 1413 geht dabei deutlich hervor, daß Engelberg anfangs nur den sog. Lämmerzehnten bezog.

<sup>29</sup> Geschichtsfreund 11, 202; ZSR, 7, 53 art. 72.

Das weist m. E. darauf hin, daß zur Zeit, da das Kloster Besitzer des Tales Engelberg wurde, einerseits nur für den zu rodenden Besitz der Zins gefordert, anderseits der Zehnten einzig auf die weiten Schafweiden gelegt wurde. Es ist charakteristisch, daß von andern Nutzungen der Zehnten nicht gefordert wurde, wie dies später der Fall sein sollte. Gemäß uraltem Brauch hatte der Schafhalter jeweilen das beste Böcklein (Scherberi) zu behalten, das zweitbeste von zehn Lämmern abzugeben. Bei fünf nur ein halbes. Wer weniger als fünf Schafe besaß, gab für ein Böcklein zwei, für ein Mutterschaf (Spetly) einen Pfennig.

Das Alte Talbuch sah als neuen Zehnten — der Lämmerzehnten ist merkwürdigerweise darin nicht genannt, obschon er weiter bestand — den Heuzehnt vor.<sup>30</sup> Es bestimmte, wer Heu verkauft, solle von dem Lösgeld dem Gotteshaus den zehnten Pfennig entrichten. Gäb ers auch „um veche oder anderwert“ hinweg.

Da das Gotteshaus mit der Zeit neue Zehnten anforderte, kam es zu endlosen Streitigkeiten zwischen ihm und den Talbewohnern. 1654 wiesen die Talleute die Auffassung des Klosters, „daß von allem und jedem erdengewächs in dem thal die zehnden dem gottshauß gehörig und zuständig syen, darunter fürnämlich die mehrste und größte nutzung in dem wiesen-, wasen- oder heuwzehnden begriffen“ ab, da sie „ein lange zeit her bis dato mehrers nit gewohnt zu verzehnden, dann allein von demjenigen heuw, was einer über sein eigene nothdurft und gebrauch etwan andern in dem thal verkauft“.<sup>31</sup> Da Uneinigkeit unter den Talleuten bestand, beschloß die Gemeinde, den Heuzehnten wie bis anhin zu leisten, „was aber der hanf-, flachs-, honig- und wachszehnden betreffen thue, der sich [auf] kein namhaftes laufen wurd, wöltend sie nit bedencken, das man sich in gesetzen oder streitigkeit gegen einem lobw. gottshauß einlassen werde“. Es

---

<sup>30</sup> ZSR. 7, 64 art. 111.

<sup>31</sup> ZSR. 7, 115 f.

wurde deshalb am 20. Januar 1655 eine Verordnung über den Zehnten getroffen, die der nachträglichen Forderung des Gotteshauses weitgehend Rechnung trug, aber auch gewisses Entgegenkommen für die Talbewohnerschaft zeigte. Es wurde da bestimmt, daß das Tal wie bisher den Schaf- und Gitzizehnten, „der dem gotteshaus zuogehörig und darum kein streit noch span nit ist“ zu entrichten habe, ferner den Heuzehnten in bisheriger Form, „jedoch mit dem geding und eigentlichen vorbehalt, daß man solchen zehnden einem lobwürdigen gotteshaus mit guten treuwen ohne einen betrug und gefahr solle folgen lassen und zuo lieb werden, wo das nit geschähe, wollen ihro gnaden zuo jeder zeit macht und gewalt haben, allwegen von dem fälbaren den vollkommenen heuwzehnden zuo fordern und inziehen zuo lassen“. Desgleichen bezog das Kloster den jährlichen Hanf- und Flachszehten, sowie den Honig- und Wachszehten, „wie vor altem hero gebrucht worden und darumb gute beweisthum sind“.<sup>32</sup>

Eine der einschneidenden Bestimmungen betraf den sog. Abzug. Auch er ist grundherrschaftlich bedingt und im Hofrodel kurz und bündig angedeutet: „Es sol ouch enhein gotzhusman lib noch ligent güt hinnan ziehen an eis abtz willen und gunst“. Diese Bestimmung, die wesentliches Charakteristikum für den Gotteshausmann darstellt, bildete nun schon früh Anlaß zu heftigen Streitigkeiten zwischen den Talleuten und dem Abt. So behauptete der Abt vor dem in Uri zusammengetretenen Schiedsrichterkollegium 1413, kein „tallman sölt ußer dem tall ze Engelberg ziehen ane eins aptz daselbs wüssent und willen“, und an einzelne Fälle erinnerte, „daz etlicher ist ußen dem tal gezogen, der inen mit tedingen hat geben

<sup>32</sup> ZSR. 7, 115 ff. No. 22. Hingegen verzichtete das Gotteshaus darauf, „von allem und jedem erdengewächs in dem thal“ den Zehnten zu erheben; vom Heu (vgl. oben) verlangte es nur den Ueberschuß, d. h. „was einer über sein eigene nothdurft und gebrauch etwan andern in dem thal verkauft“.

hundert pfunt, etlicher fünfzig pfunt". Darauf erwiederten die Talleute, „daz wol vorziten etlich woltent von dem tal ziehen und der apt das selb reht von inen vordrete, sie woltent aber im des nit gehorsam sin". Darauf habe der Abt zu den Eidgenossen von Stans geschickt, daß sie ihre Boten nach Engelberg sandten, was sie auch getan hätten. Hierauf sei es zu Verhandlungen in Beisein der Nidwaldner Gesandten gekommen und man habe ihm da „etwen fünfzig pfunt" gegeben. Es sei aber wohl erinnerlich, „daz etwe menger danna gezogen si, der im nie nütz geben hab". Unter Berücksichtigung der beidseitigen Auffassungen entschieden die Eidgenossen 1413: „wenn ein tallman von dem selben tal ze Engelberg ziehen wil, daz er denn dem apte und dem gotzhus ze Engelberg genzlich geben sol, waz er inen schuldig ist, es si zins, zehent, geltschult oder ander ding, als daz von alter her komen ist; ist er ouch iemant in dem tal ützet schuldig, der mag inn wol hefften nach des tals recht; hat er ouch in dem tal ligende güter, die sol er eim andern talman ze kouffende geben, und wenn daz alles beschicht, so mag er dryer straßen usziehen, wele er wil, über Joch, über Surennegg oder durch land us und mag denn burger und lantmann werden, wo er wil und sol ouch fürer dehein abzug nit geben".<sup>32a</sup> Dieser Entscheid ist darum von so großer Bedeutung, weil er die vom Gotteshaus stets betonte Leibeigenschaft der Talleute aufhebt und zugleich die besondere Abgabe des Abzugs fallen läßt. Denn unter den vom Abziehenden dem Kloster zu leistenden Abgaben figurieren nach dem Spruch ausdrücklich Zinse, Zehnten, Geldschulden oder anderes, das der Gotteshausmann dem Kloster schuldig ist, d. h. er hatte vor dem Wegzug seinen üblichen Pflichten nachzukommen, so wie heute jemand, der den Wohnsitz wechselt und beim Verlassen der Gemeinde bzw. des Kantons seine allfälligen Steuerrestanzen usw. zu begleichen hat. Von großer Bedeutung in

<sup>32a</sup> Geschichtsfreund 11, 199 f.

rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung war auch die Bestimmung, daß der Talmann vor Verlassen Engelbergs seinen Gläubigern zu entsprechen und seine Grundstücke einem andern Talmann zu verkaufen hatte.

Trotzdem entstanden auch späterhin Schwierigkeiten in einzelnen Fällen, insbesondere weil Personen gegen den Grundsatz des Verkaufs ihrer Liegenschaften oder Alpanteile an Talleute verstießen. 1544 wurde daher auf dem Maiending in Gegenwart des Abts und Vogts, des Konvents und der Talleute einhelliglich beschlossen „dz man nun fuerhin denen sagen sol, die uswendig des thals sitzen, dz sie sollen ire alp einem ingeseßnen thalman um den gebürenden zinß lichen und lassen, damit die armen thallüt dester besser wie obstat ze alp mögen khommen, damit und ire khinder von inen dester besser erhalten und uferzogen mögen werden . . .“<sup>33</sup> Wiederholt finden sich denn auch in den Urbaren und Protokollen Angaben, wonach infolge Landesabwesenheit eines Talmanns dessen Güter weiter verliehen wurden und erst bei seiner Rückkehr ihm wieder zustanden. Die starke Bevölkerungszunahme war mit ein Grund für diese Maßnahme, gewissermaßen auch ein Schutz, die Grundherrschaft des Abtes vor Fremden und ihrer Durchsetzung zu bewahren, wie einige andere Gebote, die oben erwähnt sind.

Im Zusammenhang mit der starken Ausweitung der herrschaftlichen Rechte im 17. Jahrhundert, dem Beginn des Absolutismus in Engelberg, zeigt sich deutlich das Bestreben des Gotteshauses, den bisher nicht erhobenen Abzug von den Gotteshausleuten entgegen dem früher ergangenen Spruch zu verlangen. Ungemein aufschlußreich in dieser Hinsicht ist die Verfügung vom 26. Juni 1605.<sup>34</sup> Anknüpfend an die Meinung der Talleute, „dz sy frye gottshußlüt weren“ und daher „von dem gottshuß und einem regierenden herren prelaten ungehindert und unge-

<sup>33</sup> ZSR. 7, 52 art. 70.

<sup>34</sup> ZSR. 7, 68 No. 12.

saumpt ouch ohne alle endtgeltnuß und bezahlung einiches abzugs uß dem thal abziehen" mögen, „wohin sy wöllen und ihnen geliebte“, legte der Abt dar, daß zwar „die thallüt nit lybeigne lüt und daß ein gottshuß Engelberg oder ein regierender herr prelat daselbsten ihnen den thallüten kheineswegs nachzujagen noch auch kheinem sinen gelegenheit nach uß dem thal hinweg zu züchen zu weeren habe“. Weil aber die Talleute nicht leugnen könnten, daß sie Untertanen des Gotteshauses Engelberg seien und verpflichtet, dem Abt jährlich zu schwören, ihm Treue und Glauben zu halten, seinen Nutz zu fördern, Schand und Schaden zu wenden und ihm in allen Dingen gehorsam zu sein, so sei daraus genugsam zu erkennen, „daß sy deß gottshuß underthanen und nit so vil oder wyth befryent sigent, ohne allen abzug uß dem landt oder thal zuzüchen, sondern nachmalen schuldig sigent, einem regierenden herren prelaten, als ihrer ordenlicher oberkeit, nach allen landsbrüchen und rechten, den gewonlichen abzug zu bezalen“.

Es ist interessant, daß die Boten, unter Einfluß der zeitgenössischen Auffassung vom Verhältnis der Obrigkeit zum Untertanen, beschlossen, daß jeder, der abziehe, dem Prälaten „für solchen abzug bezalen solle eben die summa und sovil als die obrigkeit, hinder die er zücht, gewont ist, in derglichen fällen und von solchen abzügen zenemen“. Die Höhe der Abzugssummen, die also das Gemeinwesen, wohin der Engelberger zog, zu erheben pflegte, sollte jeweilen der Auszöger seinem ehemaligen Herrn, dem Abt, entrichten. Wo also kein Abzug genommen wurde, war der Talmann auch nicht gehalten, ihn dem Abt zu entrichten. Spätere Bemühungen des Gotteshauses um strengere Fixierung des Abzugs — die Gotteshausleute werden jetzt als dessen „eigne lüt“ bezeichnet — wurden aber nicht berücksichtigt. Bis zu Ende der Klosterherrschaft blieb der Spruch von 1605 in Kraft. <sup>34a</sup>

---

<sup>34a</sup> ZSR. 7, 100; ibid. 72.

Eine Reihe weiterer Pflichten der Talleute kennt der Brief von 1413, doch ist anzunehmen, daß diese Bestimmungen bedeutend älter sind.<sup>34b</sup> Der Hofrodel besitzt sie nicht, doch kann, ja wird er sehr wahrscheinlich unvollständig sein.

Da heißt es, daß das Kloster Sorge für die Glocken und Glockenseile tragen solle, wobei die Bevölkerung den Hanf für die letztern stellt: „die herren süllent ouch die gloggen und gloggenseil in eren haben, doch alßo das si mügent an den herbst, so man gereitet hat, von hus ze hus gan und bitten umb hanff, als daz von alter har kommen ist“. Daraus entwickelte sich im Verlaufe der Zeit der Hanfzehnten.

Ferner mußten die Herren ihr Gotteshaus eindecken auf ihre Kosten, doch sollten jeweilen die Talleute die Schindeln dazu liefern: „Die herren söllent ouch ir gotzhus deken ane der tallüten schaden, an allein den fürzug, da söllent die tallüt schindlen zuo geben und uff die hofstatt antwurten“.

Baute ein Talmann ein neues Haus, so waren die Mönche gehalten, vier Säulen und einen First dafür zu geben: „Wer ein nūw hus machen wil, dem süllent die herren geben vier sellen und einen virst und wenn die tallüt daz in den boden bringent, daz man si da dannen mag gemennen, so sullent si denn die herren untz uff die hofstatt mennen mit ir vich“.

Gewisse Frohnden und Dienstleistungen gab es für die Talbewohner hinsichtlich des Straßenbaus usw. Auch da begegnen uns erst im Talrecht von 1413 Anordnungen, doch sind sie gewiß erheblich älter.

Danach mußten sie jedes Jahr sog. Kreuztage leisten, vier an der Zahl, und den Bach — das Aawasser — von Steinen säubern, auch die Straße, die in das Tal führen, ausbessern, sobald es nötig wurde, wobei jedesmal

---

<sup>34b</sup> Geschichsfreund 11, 203—205.

das Kloster mitzuhelfen hatte: „Die tallüt süllent ouch in dem iar vier krütztage tuon, daz sy in dem bach oder grunde süllent gan, und darus stein werffen nach des gotzhus nutzen und darzuo süllent inen ouch die herren helffen, als das von alter her kome ist — Fügte es sich ouch, das die weg, die in das tal gant, bresthaft würdent, so sol ouch ein ietklicher tallman tagwan tuon daselbs, wenn es notdürftig ist, da söllent inen ouch die herren helffen, als ouch daz von alter her kome ist“.

Aehnlich wie diese Bestimmungen nicht rein grundherrschaftlicher Natur sind und auch die gemeinsame Arbeit des Bauern und Mönchs zur Voraussetzung haben, ursprünglich auf der Grundlage der freiwilligen Arbeitsleistung beruhen, so liegt es beim Mühlenbau im Tal. Das Talrecht von 1413 bestimmte dafür, daß die Talleute „das umbhus machen und tegken und die herren die reder und daz inwerk und söllent die tallüt die stein kouffen und vertigen untz an Stans stade an trochen lande und dantant hin süllent die herren die stein mennen untz an den berg und fürhin uff süllent die herren und die tallüte einander helffen untz uff die hofstatt; koufften ouch die herren stein in ir selbs müli, so söllent inen ouch die tallüt helffen die stein verggen den berg uff“. Auch da sehen wir gewisse genossenschaftliche Wirtschaftsgrundlagen, sie sind dann weiter ausgebaut worden in dem bekannten Mühlebrief vom 21. Januar 1483.<sup>35</sup> Damals wurde beschlossen, die Klostermühle eingehen zu lassen zu Gunsten der Talmühle und „gemeinlich ein müle“ zu betreiben. Zur Bedingung wurde gemacht der gemeinsame Kauf der Mühlsteine zu halbem Teil, die gemeinsame Ferggung derselben bis Stansstad usw. Die Mühle selbst wurde vom Kloster betrieben, das einen Müller dazu stellte. Die Talleute waren es zufrieden, ihm für das Mahlen eines Viertels Korn einen Angster zu bezahlen.

---

<sup>35</sup> ZSR. 7, 29 No. 5.





Noch bleibt eine der wichtigsten muntherrschaftlichen Abgaben zu erwähnen, die zu den schwersten Lasten gehörte und zum Wesen des Leibeigenen zählt: die mit dem Erbe zusammenhängenden Leistungen.

Der Hofrodel geht sehr ausführlich auf diesen für die Einnahmen des Gotteshauses so wichtigen Komplex ein. Er unterscheidet eine Reihe von Fällen: Wenn ein Mann stirbt, der das Erbe nicht unter seine Kinder geteilt hat, also kein Testament hinterlassen hat, und diese Kinder ehlich sind, so nimmt gemäß dem alten Weistum das Kloster das beste Haupt Vieh als Fall und hierauf erst beerben die Kinder den Vater. Sind mehrere Söhne vorhanden und stirbt der älteste, dann erhält das Gotteshaus gleichfalls das beste Haupt. Stirbt hingegen der jüngere, so bekommt das Kloster keinen Fall. Ferner beerbt das Kloster alle diejenigen, die ohne Leibeserben starben, Frauen und Männer. Teilt der Vater das Vermögen mit dem Sohn und stirbt der Vater, so beerbt ihn das Kloster, stirbt auch der Sohn, so wird dieser gleichfalls vom Abt beerbt. Stirbt ein Mann mit Hinterlassung seiner Ehefrau und keiner Kinder, so bekommt das Kloster die Hälfte der Erbschaft, d. h. alles dessen, was sie bis zu seinem Tod gemeinsam hatten. Die andere Hälfte fällt an die Witwe. Dazu soll diese voraus haben das beste Bett und „alles versnitens gwand, das er lat“. Stirbt ein Mann ohne Leibeserben und hinterläßt eine Frau und haben sie sich nichts vererbt nach dem Gotteshausrecht, so beerbt das Kloster den Mann, und die Frau erhält nichts und umgekehrt, wenn die Frau zuerst stirbt, wird sie vom Kloster beerbt, und der Mann bekommt nichts. Wenn endlich ein Mann stirbt und hinterläßt eine schwangere Frau, man aber im Zweifel ist, ob sie wirklich schwanger sei, so sollen die Verwandten des Kindes Sicherheit leisten, daß die Erbschaft beieinander bleibt und für die Notdurft der Frau gesorgt werde, bis man ohne Zweifel sein kann. Diese sehr ausführliche Erbteilung zwischen dem

Abt als Muntherrn und Grundherrn und den Gotteshausleuten bot selbstverständlich in mancher Beziehung Anlaß zu Streit. Nicht allein daß die Engelberger sich mit den Nidwaldnern verbündeten und sogar den kirchlichen Bann auf sich zogen, sie zogen es schließlich vor, um den ewigen Streitigkeiten aus dem Wege zu gehen, sich vom Kloster loszukaufen und so über das Erbe frei verfügen zu können.

1413 war es zu einer ersten Verhandlung und einem eidgenössischen Schiedsspruch gekommen. Die Richter schützten den Abt bei dem althergebrachten Recht, „das si ouch fürer und hintanhin die selben tallüt erben süllent . . . , alz daz von alter har komen ist“. Am 9. Januar 1422 fand der Loskauf vom Erbrecht des Klosters um 500 Rheinische Gulden statt. Der Abt machte dabei in der Urkunde die Vorbehalte, daß nach wie vor „alle unsre fryheit, brieffeley und brief . . . alle . . . unsere rechte, zinß, zehende, velle, dienste und gelesse und unsry gerichte, twinge und bänne und alle unsre rödel und gotzhus zugehörde und andre unsre rechtunge, ehafti und guott gewonheit und harkomen, alte und nüwe“ in Geltung blieben, daß „unser pfruonder, man oder wibes bilde, die wir ietz hand old noch in künftigen ziten gewonnen und zu uns komend, das wir . . . die selben pfruonder erben süllen zu unser und unser gotzhuß handen ane ir fründen, unser tallüt und mengklichs wider rede“, daß das Kloster nach wie vor erbloses Gut an sich ziehen und endlich Erbschaften, die ihm als letztwillige Vergabungen und Testierungen zufielen, ungehindert empfangen dürfte.<sup>35a</sup>

Es war gerade der letztere Vorbehalt, der die Talente zu weiterem Vorgehen zwang. Es stellte sich heraus, daß die Kirche die Sterbenden und Kinder wie Bevogtete öfter dazu veranlaßte, ihr zu testieren. Dies

---

<sup>35a</sup> Geschichtsfreund 11, 198 f. (1413) und ZSR. 7, 13 ff. No. 1 (1422).

führte zu neuen Streitigkeiten und schließlich zur Urkunde vom 24. Mai 1449.<sup>36</sup> In dieser wurde nun abgeredet, daß hinfort die Talleute, die nicht bevormundet seien und eigene Gewalt besitzen, dem Gotteshaus oder einzelnen Mönchen oder Nonnen Vergabungen machen können, so lange sie nicht am Sterben sind. Diese müssen vor „byderben lütten“ fertigen, die nachher darüber Zeugnis ablegen können. Eine gerichtliche Fertigung wurde nicht verlangt. Vergabungen im Totenbett durften hingegen nicht mehr als 5 Pfund Pfennig Luzerner Währung betragen. Als Zeugen galten Männer und Frauen, mehr als der Priester, der die Sakramente gereicht hatte. Eine Ausnahme machte die Regelung insofern, als sie bestimmte, daß wenn „einer in sin dottbette keme und er sich versintte, ds er unrecht schuldig gutt uf im hetty, oder ds er ds gotzhus ubernossen hetty und er sich des erkanntty, des sol und mag er gewalt han, ds im des nieman sol vor sin wider ze keren an menlichs wider red“. Für die bevogteten Personen, Mann oder Weib, jung oder alt, wurde zugelassen, Vergabungen in Höhe von 5 Pfund Pfennig Luzerner Währung vor Gericht oder außerhalb oder auf dem Totenbette den Gotteshäusern zu vermachen. Im Falle es sich um mehr handelte, war die Ermächtigung des Vogtes und der nächsten Erben notwendig und mußte die Angelegenheit „mit gericht und urttel“ gesichert werden. Junge Kinder, die nicht erwachsen waren und das Sakrament noch nicht empfangen, durften überhaupt nichts testieren, in gesunden Tagen, wie vor dem Sterben.

Aus dem Alten Talbuch geht in diesem Zusammenhang hervor, daß der oben genannte Erblooskauf sich nicht auf den Fall bezog, das sog. Besthaupt, sondern lediglich auf das Erbrecht des Klosters in den erwähnten Artikeln. Nach wie vor heischte das Gotteshaus bis 1798 das Besthaupt, später auch das Kleid, darin der Verstorbene zur

---

<sup>36</sup> ZSR. 7, 21 No. 3.

Kirche ging: „Wan ein thalman im thal und zue Othney, am Geren und am Englerts uß einem huß, ein khnab oder ein man, der eltest, stierpt, da sol dz gotzhus dz best haupt, sowie auch das Kleid, darin der Verstorbene zur kilchen gedt.“<sup>37</sup>

Die eingehende Beschäftigung mit den rechtlichen Verhältnissen des Engelberger Tales läßt ein außerordentlich interessantes Ergebnis erkennen: in mitten der urschweizerischen Demokratien existierte auf einem Fleck eine in sich hermetisch geschlossene homogene Grundherrschaft von beinahe archaischen Formen für die Neuzeit. Ihre Rechtsgrundlage war durch die Stiftung Konrads von Sellenbüren im 12. Jahrhundert fixiert worden. Nachdem das daraus abgeleitete Gewohnheitsrecht im 14. Jahrhundert schriftlich festgelegt worden war, gab es bis zum Erlöschen der äbtischen Herrschaft nahezu keine größere Entwicklung mehr.

Die grundherrschaftlichen Verhältnisse durchdrangen das ganze rechtliche und wirtschaftliche Leben der Engelberger Talleute vollkommen. Selbst das moderne Tal steht noch unter ihrem Eindruck und knüpft in mancher Beziehung an die alte, durch die Revolution und die Entwicklung der letzten 150 Jahre überwundene Zeit an.

---

<sup>37</sup> ZSR. 7, 64 art. 112. Das letztere jüngerer Zusatz.